Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten KPD/ML

Nr. 11 Dezember 1970 4. Jahrgang Preis 1 DM

C 21246 E

Warum stinkt es am Rhein so schön?

Kapitalisten verseuchen Gewässer

Einen dauernden Schaden für die betroffenen Flüsse haben die 20.000 Tonnen hochgiftiger Raffinerie-Abwässer angerichtet, die von den Schiffen der Bernhold-Reederei "Hamburg LLoyd" in Rhein, Ems, und Elbe gepumpt wurden. Das erklärte ein Vertreter des nordrheinwestfälischen Landesamtes für Gewässerschutz im Klever "Abwässer-Prozeß". auch die Trinkwasserversorgung der angrenzenden Gebiete sei gefährdet worden.

Daß dieser Prozeß überhaupt der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, lag darin begründet, daß es sich bei dem Angeklagten um den Playboy und Amateur-Tanzweltmeister Dr. Jürgen Bernhold handelte, der Millionen durch das Fernsehen bekannt war. Diesen Gag konnte und wollte sich die bürgerliche Presse nicht entgehen lassen. Ansonsten werden Prozesse dieser Art möglichst ohne großes Aufsehen unter den Beteiligten abgehandelt.

Weswegen steht der Reedereibesitzer Bernhold vor Gericht? Man wirft ihm und seinen 13 Mitangeklagten vor, in mindestens 25 Fällen gegen den § 38 des Wasserhaushaltsgesetzes verstoßen zu haben. Statt mit seinen Schiffen von der "Caltex"-Raffinerie in Rauheim übernommene hochgiftige Abwässer nach Holland zu transportieren, um sie auf hoher See zu vernichten, soll er seinen mitangeklagten Schiffsführer veranlaßt haben, gegen Sonderhonorare bis 5.000,-- DM die stinkende Raffinerie-Brühe in die Flüsse zu pumpen, um so Zeit und Transportkosten zu sparen.

Der Fall ist klar, die Zeugen belasten ihn schwer, und sicher wird er, um den Schein aufrechtzuerhalten, um eine Geld- bzw. geringfügige Gefängnisstrafe nicht herumkommen. Doch was macht das schon aus, er hat seinen Schnitt, seinen Reibach gemacht. **Wenn es ums Geld, um ihren Profit geht, sind die Kapitalisten bereit, nicht nur die Luft zu verpesten, Flüsse und Seen mit Gift zu verseuchen, sondern auch Kriege zu führen. Was macht es diesen Hyänen schon aus, wenn um ihres Profites willen Millionen sterben. Dabei ist der Bernhold nur ein kleiner Fisch im Teich der großen. An sie aber, an die Höchst, Bayer-Leverkusen und andere wagt sich kein bundesdeutscher Richter heran.**

Bundestagsabgeordnete zu verkaufen





"Geld stinkt nicht", nach diesem Motto werden in der Bundesrepublik Bundestagsabgeordnete gekauft und gehandelt. Wenn für Bäckermeister Geldner, Mitglied des Bundestages der FDP, 400.000 Mark geboten wurden, was kostet dann ein Walter Scheel, Franz-Josef Strauß oder gar ein Willy Brandt? Unter 1 Million D-Mark werden sie wohl kaum zu haben sein. Sicherlich aber haben Zogelmann, Mende und andere nicht ganz soviel gekostet. Solche Überlegungen werden sich den Bundesbürgern nach der Affäre "Geldner" aufgedrängt haben. Nicht zu unrecht!

Was war geschehen? Nach dem Regierungswechsel in Bonn vor einem Jahr war hinter den Kulissen des Bundestages ein heftiger Machtkampf entbrannt. Eine Fraktion der westdeutschen Monopolbourgeoisie versuchte der anderen ihre Abgeordneten abzuheuern. Die hinter der Strauß-Kiesinger-Clique stehenden Industrie- und Finanzbosse rechneten sich aus, daß, wenn sie genug ausspuckten, es ihnen gelingen könne, durch den Kauf einiger Abgeordneter der Regierungskoalition aus SPD und FDP, die Machtverhältnisse im Bundestag zu ändern und so den vorzeitigen Sturz der Brandt/Scheel-Regierung herbeizuführen. Papierfabrikant Beyer, führendes Mitglied der NLA, zu Bundesabgeordneten Geldner: "Junge, du bist 1 Million wert, ohne daß du es weißt."

Die FDP, der laufend die Leute abhanden kamen, war natürlich sauer, sah sie doch ihre einträglichen Bundestagsmandate gefährdet und sich selbst in Kurs an der Börse des Handels mit Parteien und Abgeordneten sinken. So versuchte sie denn, mit Genehmigung der SPD, ihre Gegner auf's Kreuz zu legen, indem sie einen Beweis für deren "schmutzige Machenschaften" erbrachte. Dazu bediente sie sich ihres Abgeordneten Geldner, an den die CDU bereits zwecks Abwerbung herangetreten war. Er erhielt den Auftrag zum Schein auf alles einzugehen, was man ihm bot. Man bot ihm seitens der CSU für den Fall seines Übertritts ein gesichertes Bundestagsmandat über das Jahr 1973 hinaus und parallel dazu einen "Berater-Vertrag" mit der Firma Bayer KG, Lippborn, der ihm für die kommenden vier Jahre jährlich 100.000 DM garantierte. Das Geschäft klappte, Geldner unterschrieb, die CSU gab seinen Übertritt bekannt, die FDP dementierte, der Schwindel flog auf.

Die CSU rächte sich, indem sie nun ihrerseits enthüllte, die Freidemokraten hätten ihre Überläufer Heinz Starke und Siegfried Zobelmann mit gut dotierten Posten zur Aufgabe ihrer Bundestagsmandate bewegen wollen. Die Regierung habe Starke mit der 160.000-DM-Position des Präsidenten der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau zu bestechen versucht. Eine Offerte, die un bestritten ist.

Was enthüllte die Affäre "Geldner"? Daß das bürgerliche Parlament, der Bundestag, ein korrupter Haufen ist, der es nach Lenin verdient, auseinandergejagt zu werden. Denn Geldner ist kein Einzelfall. Hochdotierte "Berater-Verträge" mit Industriefirmen, wie er sie abschloß, sind in den Reihen der Bundestagsabgeordneten gang und gäbe. Dagegen hat auch FDP-Vize Hans-Dieter Genscher nichts: "An und für sich sind solche Beratungsverträge nicht diskriminierend." Was sind sie denn? Der Preis, den das Industrie- und Finanzkapital für die Vertretung seiner Klasseninteressen im Bundestag zu zahlen bereit ist.

Alle Kommunisten haben, wenn sie den Klassencharakter der bürgerlichen Zivilisation, der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus erläutern, den Gedanken ausgesprochen, der mit der größten wissenschftlichen Genauigkeit von Marx und Engels durch die Worte ausgedrückt wurde, daß auch die demokratischste bürgerliche Republik nichts anderes ist, als eine Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, der Masse der Werktätigen, durch eine Handvoll Kapitalisten.

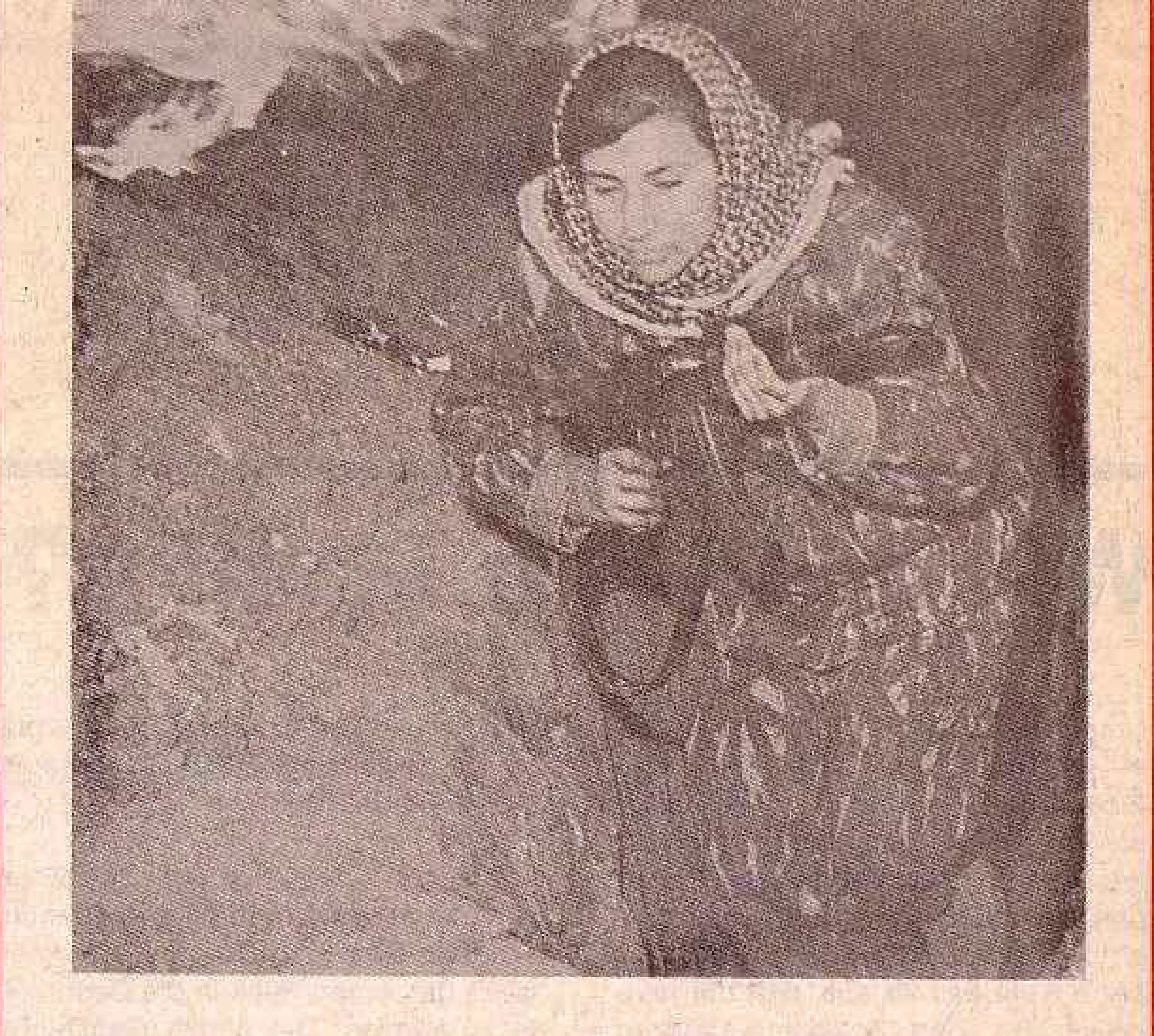
Daran hat sich bis heute nichts geändert. **"Die Bourgeoisie bemüht sich«,** wie Lenin sagte, **"mit allen Kräften, mit allen möglichen Mitteln und bei jeder sich bietenden Gelegenheit, den Arbeitern Scheuklappen umzuhängen, damit sie nicht sehen, wie der Parlamentarismus ein Werkzeug der bourgeoisen Unterdrückung ist, damit sie die wirkliche geschichtlich bedingte Bedeutung des Parlamentarismus nicht erkennen."**

Schufte und Einfaltspinsel

Ihr bester Verbündeter ist heute dabei, die D"K"P/"K"PD, die anstatt den Volksmassen die Bedeutung, den Klassencharakter des Parlaments zu erläutern, sagt: "Eine von der Arbeiterbewegung geführte breite außerparlamentarische Volksbewegung wird es als ihre Aufgabe betrachten müssen, eine fortschrittliche, sozialistische Mehrheit im Parlament zu erlangen. In einer sozialistischen Ordnung der Bundesrepublik wird das Parlament zu einem wirklichen Organ des Volkswillens werden, das auf dem Mehrparteiensystem beruht." (Programmentwurf der KPD) Was unterscheidet diese These noch von der eines der "Väter" des Revisionismus, dem Renegaten Kautzky, der schrieb: "Und das Ziel unseres Kampfes bleibt das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt, durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung."

Was Lenin damals über den Renegaten Kautzky sagte, trifft heute auf die Renegaten der D"K"P/"K"PD zu: **"Nur Schufte und Einfaltspinsel können glauben, das Proletariat müsse zuerst durch Abstimmung, die unter dem Druck der Bourgeoisie, unter dem Joch der Lohnsklaverei vor sich gehen, die Mehrheit erobern und könne dann die Macht ergreifen. Das ist der Gipfel der Borniertheit oder Heuchelei, das hieße den Klassenkampf und die Revolution durch Abstimmung unter Beibehaltung der alten Gesellschaftsordnung, unter der alten Staatsmacht zu ersetzen."**

Heißt das, daß wir, die KPD/ML – wie die D"K"-Pisten uns vorwerfen, es grundsätzlich ablehnen, uns an Wahlen zum bürgerlichen Parlament zu beteiligen? Nein, wir werden es tun, wenn wir es aufgrund eingehender Analysen für richtig halten. Nicht aber wie sie, um uns am bürgerlich-parlamentarischen Spiel zu beteiligen, in der Hoffnung, soe eines Tages per Abstimmung die Mehrheit zu erhalten, sondern um von der Bühne des Parlaments aus (soweit dies heute noch möglich ist), den ganzen widerwärtigen, korrupten Charakter dieser sogenannten Volksvertretung zu entlarven.



Das palästinensische Volk wird siegen Seite 3

Friedrich Engels

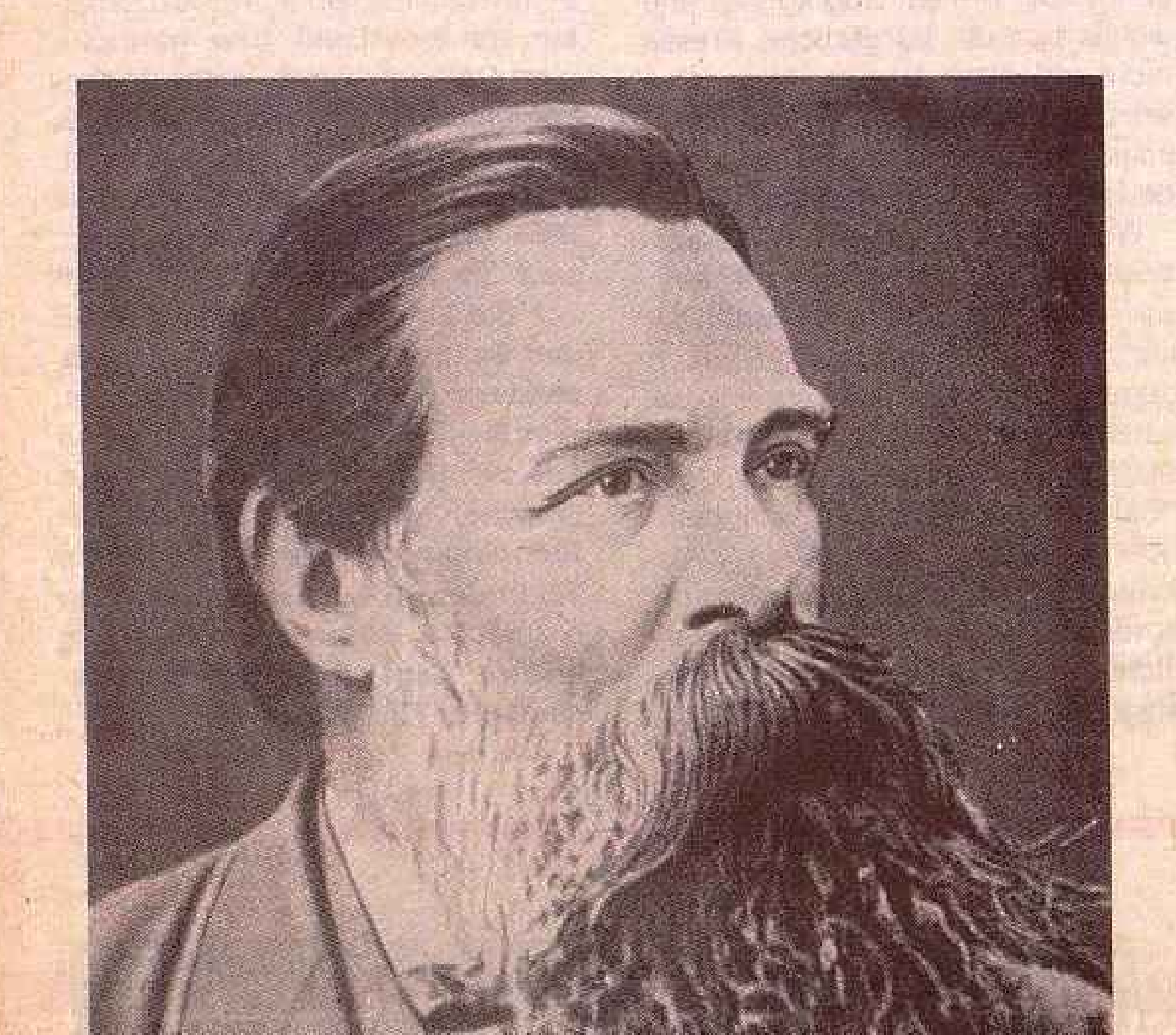
Begegnung mit Marx

Friedrich Engels – einer der Begründer der revolutionären Theorie des Marxismus, ein Freund und Mitkämpfer des großen Marx, wurde am 28. November 1820 in Barmen geboren. Auf Wunsch des Vaters – eines Fabrikbesitzers – sollte er sich durch eine kaufmännische Laufbahn auf die Übernahme des väterlichen Betriebes vorbereiten.

Der junge Engels jedoch widmet seine ganze freie Zeit dem Studium der Wissenschaften. Er kommt mit der Philosophie Hegels in Berührung, deren dialektische Methode ihn beeindruckt. Zur gleichen Zeit schließt er sich links-bürgerlichen Kreisen an und bezieht Stellung gegen die reaktionäre preußische Monarchie.

Das entscheidende Ereignis im Leben des jungen Engels war seine Reise 1842 nach Manchester (England), wo er auf Vorschlag seines Vaters die kaufmännische Praxis erlernen sollte. Was er aber in Wahrheit lernte, waren die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus und das Elend der Arbeiterklasse zu erkennen. Später schreibt Engels über diese Zeit: "Ich war in Manchester mit der Nase darauf gestoßen worden, daß ökonomische Tatsachen, die in der bisherigen Geschichtsschreibung gar keine oder nur eine verachtete Rolle spielen, wenigstens in der modernen Welt eine entscheidende geschichtliche Macht sind; daß sie die Grundlage bilden für die Entstehung der heutigen Klassengegensätze."

In seinem berühmten Buch "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" (1844/45) zog Engels die Schlüsse aus seinen Untersuchungen. Er wies auf die Tatsache von überragender geschichtlicher Bedeutung hin, daß nur das Proletariat fähig ist, die Ursache seines Elends – das Privateigentum – zu beseitigen und den Sozialismus aufzubauen. Darüber hinaus erkannte er als erster die Notwendigkeit des Hineintragens des Sozialismus in die Massenbewegung der Arbeiter.



1844 traf Engels zum ersten Mal mit Marx zusammen. Gemeinsam entwickelten sie in der Folgezeit eine neue Auffassung der Geschichte der Menschheit, den historischen Materialismus. ("Die heilige Familie" 1844, "Die deutsche Ideologie" 1845-46)

Sie deckten die objektiven Gesetzmäßigkeiten geschichtlicher Vorgänge auf, sie wiesen nach, daß die Geschichte der Gesellschaftsentwicklung in erster Linie eine Geschichte der Entwicklung der Produktion ist, und daß der Klassenkampf des Proletariats unweigerlich zu einer kommunistischen Revolution führen muß.

Für Marx und Engels war die Theorie stets eine Anleitung zum Handeln. Sie entfalteten eine umfassende revolutionäre Tätigkeit mit dem Ziel der Verbreitung der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus unter dem Proletariat und der Schaffung einer Arbeiterpartei. Ihr erfolgreicher Kampf gegen den kleinbürgerlichen Sozialismus von Weitling und Proudhon brachte sie in die Führung des "Bundes der Gerechten", der 1847 in den kommunistischen Bund umgewandelt wurde. Marx und Engels wurden beauftragt, das Programm des Bundes zu schreiben. Es erschien 1848 unter dem Titel "Manifest der Kommunistischen Partei."

In den Revolutionsjahren 1848/49 gaben Marx und Engels in Köln das revolutionäre Kampfblatt "Neue Rheinische Zeitung" heraus. Nach dem Verbot dieser Zeitung durch die feudale Reaktion schloß sich Engels in der Pfalz einem Freiwilligenkorps an, das den Kampf der Demokratie gegen die preußischen Truppen fortsetzte. Engels erwies sich als hervorragender militärischer Organisator, als ein tapferer Soldat, der stets in der vordersten Linie stand.

Als die Revolution in Deutschland endgültig unterdrückt wurde, ging Engels nach London, wo er wieder mit Marx zusammentraf. Für Marx hatte eine Zeit schwerer materiellen Elends begonnen. Um dem Genossen die Weiterarbeit am "Kapital" zu ermögliche, kehrte Engels nach Manchester zu der ihm verhaßten

Die erste Internationale

Die Verstärkung der demokratischen und der nationalen Befreiungsbewegung Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre führte – wie es Marx und Engels voraussagten – zu einem neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung, der seine Krönung in der Schaffung der Ersten Internationale 1864 fand. Ihr Führer und Organisator war Marx. Engels konnte in Manchester nicht unmittelbar an den Arbeiten der Internationale teilnehmen. Er war jedoch Marx' wertvollster Mitarbeiter im Kampf gegen die Anhänger Lassalles innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, die der preußischen Reaktion gegenüber kompromißlerisch auftraten. Unter dem Einfluß von Marx und Engels wurde 1869 in Deutschland auf dem Eisenacher Kongreß das Programm der Sozialdemokratischen Partei angenommen – einer neuen Arbeiterorganisation, die sich wesentlich von den Lassalleanern unterschied –, seit jener Zeit ist sie unter dem Namen Eisenacher bekannt.

Im Herbst 1870 übersiedelte Engels nach London, wo er in den Generalrat der Internationale kooptierte. Er führte vor allem einen erbitterten Kampf gegen die Bakunisten (Anarchisten), der auf dem Haager Kongreß der Ersten Internationale mit einem Sieg endete. Die Bakunisten wurden aus der Internationale ausgeschlossen. Der Haager Kongreß war die letzte Tagung der Ersten Internationale. Die neuen geschichtlichen Bedingungen nach dem Deutsch-Französischen Krieg und der Pariser Kommune (1871) erforderten andere Kampfformen und neue Formen der Organisation des Proletariats. Die Erste Internationale wurde bald darauf aufgelöst.

Marx und Engels sahen als ihre Hauptaufgabe nunmehr die Schaffung nationaler proletarischer Parteien an, deren Grundlage der wissenschaftliche Kommunismus bilden sollte. Da Marx seine Arbeit am zweiten und dritten Band des Kapitals fortsetzte, lag das ganze Gewicht der ständigen Leitung der internationalen sozialistischen Bewegung auf Engels Schultern. Seine besondere Aufmerksamkeit widmete Engels der deutschen Sozialdemokratie. Er kritisierte besonders scharf die Eisenacher, die bei ihrer Vereinigung mit den Lassalleanern prinzipienlos antimarxistische Grundanschauungen übernommen hatten.

Kampf gegen den Opportunismus

Nach Marx' Tod 1883 war Engels der einzige, der an die Spitze der internationalen Arbeiterbewegung gestellt werden und Marx' theoretische Werke vollenden konnte. Engels hielt es vor allem für seine Pflicht, den zweiten und dritten Band des "Kapital" zu beenden und herauszugeben. Neben seiner umfangreichen theoretischen Arbeit ("Anti-Dühring" 1877/78, "Der Ursprung der Familie" 1884, "Ludwig Feuerbach" 1886) war Engels vor allem "Berater und Führer der europäischen Sozialisten ... sie alle schöpften aus der reichen Schatzkammer der Kenntnisse und Erfahrungen des alten Engels" (Lenin)

Seine wichtigste Aufgabe sah Engels in einem schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus in der europäischen So- die Parteien später völlig ruiniert. In Deutschland trug er dazu bei, daß die SPD zu einer sozial-chauvinistischen Organisation wurde, die den deutschen Militarismus unterstützte.

Engels starb 1895, den Verfall der Arbeiterbewegung in den Opportunismus vor Augen.

Im gleichen Jahre gründete Lenin in Petersburg den "Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse." Es war der erste Keim einer revolutionären proletarischen Partei in Rußland, die das russische Proletariat zum Sieg der sozialistischen Revolution führte. Die Theorie von Marx und Engels fand ihre großen Fortsetzer in Lenin, Stalin und Mao Tsetung, die



kaufmännischen Arbeit zurück. 20 Jahre lang waren Marx und Engels örtlich getrennt und nur durch einen lebhaften Briefwechsel verbunden. Am 16. August 1867 schreibt Marx an Engels über die Arbeit am Kapital "Also dieser Band ist fertig. Bloß Dir verdanke ich es, daß dies möglich war! Ohne Deine Aufopferung für mich konnte ich unmöglich die ungeheuren Arbeiten zu den drei Bänden machen."

zialdemokratie. Bekanntlich hat dieser Opportunismus, der sich schon in den 90er Jahren mit aller Schärfe ausprägte, sie schöpferisch weiterentwickleten und sie zur Waffe von Millionen Werktätiger machten.

Deutschsprachiges Programm von Radio Peking

MEZ	Meterband		
19.00 h – 20.00 h	43,7	42,8	26,2
21.00 ° – 22.00 h	43,7	42,8	26.2

Wer sind die Spalter?

Immer wieder wird von den modernen Revisionisten gegenüber den marxistisch-leninistischen Parteien der Vorwurf erhoben, sie spalteten die internationale kommunistische Bewegung und schadeten so dem Kampf gegen den Imperialismus. Auf nationaler Ebene sieht das so aus, daß die revisionistische, den Sozialimperialisten der Sowjetunion sklavisch folgende D"K"P sich nicht entblödet gegenüber der KPD/ML den Vorwurf zu erheben, sie sei objektiv eine Agentur der Bourgeoisie. Wir wollen hier nicht darauf eingehen, daß die D"K"P selbst ihre Entstehung der direkten Absprache mit Vertretern der westdeutschen Monopolbourgeoisie verdankt, wir wollen hier nicht darüber reden (wir haben es schon oft getan und werden es auch weiter tun), daß ihre Politik direkt darauf abzielt, die Herrschaft des westdeutschen Imperialismus zu verlänger, wir wollen in diesen Tagen – da sie heuchlerisch Friedrich Engels feiern – untersuchen, was es mit dem Begriff "Spaltung" in der Arbeiterbewegung auf sich hat.

Ihr Geschrei nach sogenannter Einheit erinnert an einen Ausspruch Friedrich Engels, der sagte: "Man muß sich durch das Geschrei nach 'Einigung' nicht beirren lassen. Die diese Worte am meisten im Munde führen, sind die größten Zwietrachtstifter ... Deswegen sind die größten Sektierer und die größten Krakeeler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungsschreier".

Um den Charakter des Spalterwesens in der internationalen kommunistischen Bewegung klar zu erkennen, ist es gut, einen Blick in die Geschichte zu werfen: Die ganze Geschichte der kommunistischen Bewegung ist durch den Kampf zwischen dem Marxismus und dem Opportunismus und den Kampf zwischen den Bemühungen um die Wahrung der Einheit und den Bestrebungen nach Spaltung gekennzeichnet. Das gilt für den Kampf sowohl in den einzelnen Ländern als auch im Weltmaßstab.

"Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" hieß es im "Manifest der Kommunistischen Partei," dem von Marx und Engels für den Bund der Kommunisten ausgearbeiteten Programm. Ihr ganzes Leben hindurch kämpften Marx und Engels beharrlich für die auf diesem Prinzip beruhende Einheit des Weltproletariats.

Um die Arbeiterbewegung in verschiedenen Ländern zu vereinen, gründeten Marx und Engels 1864 die I. Internationale. Doch schon bald zeigten sich Spalter. Besonders heftig griffen die Bakunin-Leute die Lehre von Marx an und behaupteten, er beabsichtige, der Internationale sein "besonderes Programm" aufzuzwingen und seine "persönliche Lehre vorherrschend zu machen." Sie unternahmen eine Reihe von Manövern und scheuten kein Mittel, um ihre "Mehrheit zusammenzustoppeln. Nach ihrem Ausschluß aus der I. Internationale stellte Engels fest: hätten die Marxisten eine prinzipienlose, versöhnlerische Haltung gegenüber den Bakunin-Leuten eingenommen, dann wäre "die Internationale allerdings kaputt – kaputt durch die 'Einigung' " gewesen.

Nach Auflösung der I. Internationale im Jahre 1876 schenkte Marx und Engels der deutschen Arbeiterpartei, die damals eine wichtige Rolle in der Arbeiterbewegung Europas spielte, besondere Aufmerksamkeit. So kritisierten sie die Preisgabe der revolutionären Prinzipien durch die SPD, ihre Vereinigung mit den Lasalleanern und das daraus hervorgegangene "Gothaer Programm". In seiner Kritik am "Gothaer Programm" stellte Marx den berühmten Grundsatz auf, ein Marxist "lasse sich auf keinen Prinzipienschacher ein".

Im Jahre 1889 wurde unter dem Einfluß von Engels die II. Internationale gegründet. Die damalige relativ "friedliche" Epoche der Entwicklung des Kapitalismus, als der Marxismus enorme Verbreitung fand, bewirkte bei den sozialistischen Parteien in vielen Ländern eine Art Legalitätsanbeterei. Dadurch überschwemmte der Opportunismus die Parteien verschiedener Länder. Engels nahm den Kampf auf und kritisierte vor allem die These vom friedlichen Hineinwachsen des Kapitalismus in den Sozialismus. Er sagte: "Marx würde wahrscheinlich von diesen Herren (den pseudo-marxistischen Opportunisten) das sagen, was Heine von seinen Nachahmern sagte: 'Ich habe Drachenzähne gesät und Flöhe geerntet!' " unter den Marxisten, nicht aber die Einbe Drachenzähne gesäet und Flöhe geerntet!' "

Nach dem Tode Engels', 1895, begannen die "Flöhe" offen mit der systematischen Revision des Marxismus und besetzten allmählich die führenden Positionen in der II. Internationale. Damals übernahm der große Lenin als hervorragendster Revolutionär in der internationalen Arbeiterbewegung die schwere Aufgabe, den Marxismus zu verteidigen und gegen den Revisionismus der II. Internationale zu kämpfen.

Zuerst kämpfte Lenin für die Schaffung einer marxistischen Partei, einer Partei neuen Typs, die sich von den opportunistischen Parteien der II. Internationale grundsätzlich unterschied. Um die Reinheit und Einheit der proletarischen Partei zu erhalten, führten die von Lenin geleiteten Bolschewiki in der damaligen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands sowohl theoretisch als auch politisch einen langwierigen Kampf gegen die Menschewiki, die am Opportunismus und Spaltertum festhielten.

Alle opportunistischen Gruppen, die gegen Lenin auftraten, haben ihn mit den gemeinsten Ausdrücken beschimpft und ihn des Spaltertums beschuldigt. Damals stellte Lenin ausdrücklich fest: "Die Einheit ist eine große Sache und große Losung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die heit der Marxisten mit den Gegnern und Verfälschern des Marxismus."

Fortsetzung S. 4

Deutschsprachiges Programm von Radio Tirana

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6.00 – 6.30 h	41,50 Meter	215 Meter
13.00 – 13.30 h	32,41 "	
14.30 – 15.00 h	32,41 "	
16.00 – 16.30 h	32,41 "	
18.00 – 18.30 h	32,41 "	
19.00 – 1930 h	41,50 "	
21.30 – 22.00 h	41,50 "	
23.00 – 23.30 h	41,50 "	215 Meter

Hört die revolutionären Sender!

"Revolution bis zum Sieg!"

Das palästinensische Volk wird siegen

Unter der Überschrift "Klassenkampf in Jordanien" hat der ROTE MORGEN in seiner letzten Ausgabe über das Komplott der US- und Sozialimperialismus zur Zerschlagung der palästinensischen Revolution berichtet. In dieser Nummer soll im Anschluß daran die soziale Lage des palästinensischen Volkes und das Entstehen der nationalen Befreiungsbewegung dargestellt werden.

Die Vertreibung der Palästinenser durch den Zionismus hat tiefe Spuren in der gesellschaftlichen Struktur dieses Volkes hinterlassen. Abgesehen von einem kleinen Prozentsatz, der noch in Israel lebt, besteht das ganze Volk aus Flüchtlingen, die sich über mehrere Länder – hauptsächlich Jordanien, Ägypten (Gaza-Streifen), Libanon und Syrien – verteilen.

Die Palästinenser in Israel

Innerhalb der von den Zionisten geschaffenen Grenzen leben die Palästinenser praktisch unter Militärrecht, d.h. sie sind aller "demokratischen Rechte" beraubt und vollkommender Willkür des zionistischen Militärapparats ausgeliefert.

Es existieren in den besetzten Gebieten noch Überreste der Feudalklasse, die – um ihre schäbigen Privilegien zu erhalten – hemmungslos mit den israelischen Staatsorganen kolaboriert.

Die Nationalbourgeoisie wird in ihrer Existenz ständig von der israelischen Bourgeoisie bedroht. Teile von ihr hän-

Die Palästinenser in den arabischen Ländern

Außerhalb der Grenzen Palästinas existiert eine palästinensische Bourgeoisie in Jordanien, die eng mit der einheimischen Bourgeoisie verbunden ist. Ihr politischer Ausdruck ist der Nasserismus. In bezug auf den Befreiungskampf schwankt diese Klasse zwischen zwei Haltungen: Erstens Unterstützung der Revolution, weil die Befreiung Palästinas für sie die Wiedereroberung ehemaliger Herrschaftspositionen bedeuten könnte. Zweitens Bekämpfung der Revolution, weil der sich entwickelnde Volkskrieg ihren aktuellen Besitzstand gefährdet.

Die Hussein-Clique gebraucht die palästinensische Bourgeoisie als Vermittler zu den Volksmassen. Auch nach dem Massaker im September holte Hussein wieder einige palästinensische Bourge-

arabischen Führer (besonders Nasser) knüpfte, Palästina für sie zu befreien.

Diese Illusion wurde allerdings durch den zionistischen Blitzkrieg im Juni 1967 jäh zerstört. Er machte deutlich, daß die selbsternannten "Befreier" nicht einmal in der Lage waren, ihre eigenen Länder vor imperialsitischen Aggressionen zu schützen.

Die Befreiungsbewegung entsteht

Zu dieser Zeit existierte schon der Kern des bewaffneten Widerstandes. Am 1. Januar 1965 hatte eine kleine Gruppe – Al Fatah – nach jahrelangen Untersuchungen die erste Kommando-Aktion auf israelischem Gebiet ausgeführt. Damit war das Zeichen gegeben für den Beginn des **palästinensischen** Kampfes. Jahrzehntelang war dieses Volk nur ein Objekt des Konkurrenzkampfes zwischen den imperialistischen Mächten, zwischen den herrschenden Klassen im Nahen Osten gewesen. Die kleine Guerilla-Gruppe, die ihre ersten Schüsse auf den Feind abgab, war überhaupt die erste politische Organisation der Palästinenser seit der Vertreibung.

Die arabische Reaktion, die sich heuchlerisch als der beste Freund des palästinensischen Volkes ausgab, reagierte sofort mit einer Welle brutalsten Terrors gegen die Guerillas. **Es ist bezeichnend, daß der erste Partisan, der für die Sache des Volkes fiel, nicht vom zionistischen Militär, sondern vom jordanischen Geheimdienst erschossen wurde.**

Die imperialistischen Lakaien im Nahen Osten hatten erkannt, daß das Entstehen eines bewaffneten Widerstands unter den Palästinensern eine tödliche Gefahr ihrer Herrschaft darstellte. In den

sagen, "Fische ohne Wasser." Ihre militärischen Aktionen und ihre Massenarbeit waren vor allem ein Kampf gegen die Resignation der Massen, gegen ihre ideologische Abhängigkeit von bürgerlichen Demagogen. Ziel dieser Aktionen und der Massenarbeit war: die Palästinenser sollten ihre nationale Identität wiederfinden und erkennen, daß sie ihr Schicksal niemandem anvertrauen können, als sich selbst. **Und vor allem wurde der Volkskrieg propagiert als die einzige Methode, den Widerspruch zwischen dem Zionismus und dem palästinensischen Volk zu lösen.**

Den entscheidenden Durchbruch erreichte die Befreiungsbewegung im März 1968, als es den Guerillas gelang, bei Karameh (Jordnien) ein starkes israelisches "Vergeltungskommando" zum Rückzug über den Jordan zu zwingen. Erst nach diesem Sieg, der zum erstenmal die Besiegbarkeit des zionistischen Militärapparats deutlich machte, konnte sich die Befreiungsbewegung wirklich in den Massen verankern. Obwohl sie einen großen Teil ihrer Kader während der Karameh-Schlacht verloren hatte, konnte sie innerhalb weniger Monate Tausende von neuen Kämpfern ausbilden.

Unsere Ziele

"Wir sind auch für den Frieden. Wir lassen es aber nicht zu, daß man uns ausrottet. Wir kämpfen nicht gegen die Juden, sondern gegen den Zionismus als einen Stützpunkt des Weltimperialismus des Nahen Osten. Anders ausgedrückt: Wir kämpfen gegen den Faschismus im Nahen Osten, der dem deutschen Faschismus sehr ähnlich ist. Wir kämpfen für die Befreiung der vielen Unterdrückten und von den Führern der arabischen Welt betrogenen und verratenen Menschen. Unsere Ziele bei diesem Kampf sind die Zerschlagung des zionistischen Regimes in Israel, die Be-

Während der Mobilisierungsphase nach der Karameh-Schlacht war das ideologische Niveau der Fedayin niedrig. Das zeigte sich vor allem in zwei Tendenzen: Erstens den militärischen Gesichtspunkt überzubewerten; zweitens, den subjektiven Faktor zu unterschätzen. D.h., die Meinung war weit verbreitet, der revolutionäre Kampf würde ganz von selbst Revolutionäre mit dem richtigen Bewußtsein und die korrekten Organisationsformen hervorbringen.

In solchen Tendenzen wird ein gewisser Einfluss der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie auf die Befreiungsbewegung deutlich. Die Bewegung ist nicht der politische Ausdruck des Proletariats, sondern aller antiimperialistischen und antizionistischen Klassen. Dazu gehören auch – mit den oben gemachten Einschränkungen – die nationale Bourgeoisie. Die innere Entwicklung der palästinensischen Revolution wird also bestimmt durch den Kampf zweier Klassen, zweier Linien. In diesem Kampf ist der politische und ideologische Einfluß der Bourgeoisie immer mehr zurückgedrängt worden.

Die Befreiungsbewegung hat sich von einer illegalen Kommando-Organisation zu einer legalen Massenbewegung entwickelt. Sie ist heute legal gerade deshalb, weil ihre Stärke es dem Unterdrükkungsapparat der jordanischen Bourgeoisie unmöglich macht, sie ohne Hilfe zu zerschlagen. Diese Stärke der Bewegung stellt eine deutlich tägliche Bedrohung der Herrschaft der Hussein-Clique und somit auch der an sie gebundenen palästinensischen Bourgeoisie dar. Diese Klasse muß also zunehmend eine konterrevolutionäre Haltung annehmen, immer mehr dazu übergehen, die Revolution offen zu bekämpfen.

Gleichzeitig verstärkte sich der Einfluß der Marxisten-Leninisten in der Befreiungsbewegung. Dabei kommt der solidarischen Hilfe der VR China eine besondere Rolle zu. Viele der besten Kader

gen ebenso wie die feudalen Überbleibsel dem Traum von einem "unabhängigen" palästinensischen Pufferstaat nach, in dem sie ihre Klassenherrschaft ohne die zionistischen Konkurrenten entfalten könnten. Das Kleinbürgertum ist noch größeren Repressalien ausgesetzt als die Nationalbourgeoisie, seine wirtschaftliche Lage ist äußerst unstabil.

Die Arbeiterklasse ist politisch total unterdrückt und einer verschärften Ausbeutung unterworfen. Wie die General-Union palästinensischer Arbeiter in einer Erklärung feststellt, liegt der Lohn eines arabischen Arbeiters in Israel "zwischen 30% und 40% des Arbeitslohnes eines jüdischen Arbeiters auf dem gleichen Arbeitsplatz. Sie haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen, ihr Arbeitspensum liegt über dem der jüdischen Arbeiter."

Die Bauern, die in der palästinensischen Gesellschaft vor der zionistischen Kolonisation den weitaus größten Teil der Volksmassen ausmachten, bilden auch heute noch die zahlenmäßig stärkste Klasse. Die Enteignungspolitik der zionistischen Besatzer wirft allerdings immer mehr Bauern ins Proletariat.

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

2 Hamburg 71, Postfach 464. Herausgeber: KPD/ML. Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust. Verlag: Detlef Schneider. Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg 70. Postscheckkonto: Detlef Schneider, Hamburg, Nr. 3364 44. Erscheinungsweise: monatlich. Einzelpreis: 1,-- DM. Jahresbezugspreis: 11,-- DM (einschließlich Porto)

ois in seine Regierung, die er dann zynisch zum "Kabinett der nationalen Aussöhnung" erklärte. Die Führer des Widerstands haben die gefährliche und verräterische Rolle der palästinensischen Bourgeoisie vollständig durchschaut. **Sie bezeichnete kürzlich die neue jordanische Regierung als "aus einer Handvoll imperialistischer Agenten" bestehendes Regime der "nationalen Zwietracht".**

Das palästinensische Kleinbürgertum besteht zum überwiegenden Teil aus kleinen Händlern und Handwerkern, die ständig am Rande des Existenzminimums leben. Ein kleinerer Teil – ausgebildete Fachkräfte – ist in den Verwaltungsapparaten verschiedener arabischer Länder und in der Öl-Produktion beschäftigt.

Ein palästinensisches Proletariat gibt es in Jordanien und in den Öl-produzierenden Ländern auf der arabischen Halbinsel. Das Besondere an der palästinensischen Gesellschaft sind die Massen der Flüchtlinge, die nicht in den Produktionsprozess eingegliedert sind. Sie leben unter elenden Bedingungen in riesigen Zelten- und Barackenlagern. Die materielle Grundlage ihrer Existenz bildet eine knappe Lebensmittelration der UNWRA, einer Hilfsorganisation der UNO. Ihrer Klassenherkunft nach sind sie Bauern, Arbeiter und Kleinbürger.

Ein Genosse der Befreiungsbewegung sagt dazu: "Diejenigen, die mit uns arbeiten, sind junge Leute – übrigens auch die Führer. 60% der Bevölkerung sind jetzt unter 23 Jahre alt. D.h., sie waren höchstens 3 Jahre alt, als sie ihr Land verließen. Sie sind nie Arbeiter oder Bauern gewesen; sie sind eben Flüchtlinge."

Das politische Bewußtsein in den Lagern war in der Zeit vor dem Entstehen der Befreiungsbewegung äußerst niedrig. Ihre soziale Lage als Almosenempfänger, die nicht einmal ihre Arbeitskraft verkaufen konnten, hatte bei den Massen eine Versorgungsmentalität erzeugt. Ihre Stimmung schwankte zwischen tiefer Resignation und einer unbestimmten Hoffnung, die sich an die Versprechungen der

Gefahr ihrer Herrschaft darstellte. In der Bekämpfung der Fedayin wandten sie – beraten vom CIA – eine Doppeltaktik an.

Einerseits versuchten sie, die Befreiungsbewegung im Keim zu ersticken. Das allerdings gelang nicht wegen der ausgezeichneten illegalen Organisation. Anderseits gründeten sie selbst mit viel Propagandarummel die Palästina-Befreiungsorganisation, PLO, einen Zusammenschluss verschiedener gekaufter Kollaborateure, die dem palästinensischen Volk eine unabhängige Kampforganisation vorgaukeln sollte.

Vor der Juni-Aggression operierten die Fedayin weitgehend isoliert von den Massen. Sie waren, wie ihre Führer heute

nistischen Regimes in Israel, die Befreiung der werktätigen Juden und der Aufbau eines freien und unabhängigen Palästinas."

Yasser Arafat, Vositzender des ZK des Palästinensischen Widerstands in Beirut am 19.9.1970

Die Bereitschaft der Massen, sich den bewaffneten Kräften anzuschliessen, stellte die Bewegung aber vor große ideologische und organisatorische Probleme. Der Kadermangel erschwerte die Durchführung des Prinzips der Einheit von politischer und militärischer Schulung.

sind in der Volksrepublik umfassend geschult worden. Wie Genossen der Befreiungsbewegung berichten, werden vor allem hervorragende Kämpfer aus dem Proletariat und der Bauernklasse zur Ausbildung nach China geschickt.

In einer Grußbotschaft zum 21. Jahrestag der Gründung der VR China erklärte Yasser Arafat, der Vorsitzende des ZK des palästinensischen Widerstands, die Hilfe der Volksrepublik habe "den größten Einfluß bei der Unterstützung unserer Revolution und der Verstärkung unserer Ausdauer gehabt". Und weiter:

"Das palästinensische Volk wird die Freunde, die zu ihm stehen, nie vergessen, und das große chinesische Volk steht unter diesen Freunden in der vordersten Reihe."



Offensive der Konterrevolution

In den letzten Monaten verstärkte die arabische Reaktion ihre Versuche, die Befreiungsbewegung zu liquidieren. Ihre hauptsächliche Taktik bestand in dem Versuch, die bewaffneten Kräfte zu spalten und von den Massen zu isolieren. Sie nutzte die Tatsache aus, daß es innerhalb der Befreiungsbewegung verschiedene Organisationen gibt, zwischen denen strategische Differenzen bestehen. Sie eröffnete den Kampf stets dann, wenn die Widersprüche in der Bewegung besonders groß waren und schlug zuerst gegen eine kleinere "extremistische Gruppe" zu, in der Hoffnung, die Bewegung würde deren Liquidierung stillschweigend zusehen.

Die bewaffneten Kräfte beantworteten solche Spaltungsversuche mit der Verstärkung der Einheit. Der erste Schritt dazu war die Eroberung der reaktionären PLO und die gemeinsame Kontrolle über deren finanzielle Mittel. Später wurde ein gemeinsames Oberkommando zur Koordination der militärischen Aktionen gebildet und schließlich in diesem Jahr ein Zentralkomitee des palästinensischen Widerstands unter dem Vorsitz von Yasser Arafat, dem offiziellen Sprecher der Al Fatah.

Das unbedingte Festhalten am bewaffneten Kampf und die weitgehende verwirklichte Einheit bildeten die Grundlage für den heroischen Widerstand gegen den bislang stärksten Schlag der arabischen Reaktion im September. Der Bürgerkrieg endete mit einer politischen Niederlage der Reaktion. Sie mußte im Abkommen mit den bewaffneten Kräften vom 13. Oktober unter anderem anerkennen, daß Jordanien weiterhin **"Basis der palästinensischen Revolution und des Kampfes für die Befreiung Palästinas"** bleibt. Sie mußte den bewaffneten Kräften das Recht zugestehen, "Volks- und Kampforganisationen zu bilden sowie die Freiheit der politischen und militärischen Arbeit". Der jordanischen Reaktion, die im Auftrag des US-Imperialismus den bewaffneten Widerstand zerschlagen sollte, ist es also nicht einmal gelungen, die Bewegungsfreiheit der Fedayin einzuschränken.

Die Einheit des Kampfes ist entscheidend verstärkt worden: die palästinensischen und jordanischen Massen haben sich unter der Führung der Fedayin enger zusammengeschlossen. Das ist vor allem das Ergebnis der korrekten Massenarbeit der Befreiungsbewegung. Sie ist schon im letzten Jahr dazu übergegangen, Palästinenser und Jordanier in Massenorganisationen zusammenzufassen. Sie hat die jordanischen Arbeiter bei der Gründung von Gewerkschaften unterstützt und sie gleichzeitig zusammen mit ihren palästinensischen Klassengenossen in Volksmilizen organisiert und ausgebildet. Unter den jordanischen Bauern haben die Fedayin vor allem kollektive Produktionsformen propagiert und gemäß dem Vorbild der chinesischen Roten Armee den Bauern jederzeit praktisch geholfen. Auch von dem ausgebauten medizinischen Versorgungssystem der Befreiungsbewegung profitieren die jordanischen Massen. Ihre Kinder können die Schulen der Bewegung besuchen, wo sie im Sinne der Revolution erzogen werden.

Seitdem sich US- und Sozialimperialismus und ihre Lakaien mit dem Rogers-Plan auf die "friedliche Lösung des Nah-Ost-Konflikts" geeinigt haben, nachdem auf der Basis des Rogers-Plans Hussein gegen die Revolution losgeschlagen hat, ist der Kampf der Palästinenser in eine neue Etappe eingetreten. Das wesentliche Moment dieses Planes ist "ein Übereinkommen über die Schaffung eines gerechten Friedens zwischen ihnen (Ägypten, Jordanien, Israel) auf der Basis der erstens gegenseitigen Anerkennung, der Souveränität des anderen durch Ägypten und Jordanien und Israel und zweitens des israelischen Abzugs von (den) Territorien, die im Konflikt 1967 besetzt wurden". Das bedeutet nichts weiter als

1) **Anerkennung des zionistischen Staates und damit der Vertreibung Palästinenser,**
2) **Fortsetzung der Unterdrückung und Ausbeutung der arabischen Völker.**

Das bedeutet in einem Wort Aufteilung der **gesamten arabischen Welt** zwischen US- und Sozialimperialismus.



Die palästinensische Befreiungsbewegung hat darauf die richtige Antwort gefunden. In einer kürzlich veröffentlichten Erklärung des Organs der Al Fatah, "Fateh", über die Perspektiven des Kampfes heißt es an erster Stelle: **"Wir müssen uns vollkommen bewußt sein darüber, daß der kommende Kampf ein umfassender arabischer Volkskampf sein muß, an dem das ganze arabische Volk in allen arabischen Ländern teilnehmen muß."**



("Revolution bis zum Sieg")

Ein Rückblick

Gewerkschaft ausgehandelten Ergebnissen nicht zufrieden geben und wie im letzten Herbst auf eigene Faust zu handeln beginnen."

Die Tarifabschlüsse im Metallbereich sind unter Dach und Fach. Die "Ruhe" ist wieder in die Betriebe eingekehrt. Doch es ist eine trügerische

verhindern, daß es zu "wilden" Streiks kommt, erhebt man ein wortradikales Geschrei: "Wir werden rausholen, was rauszuholen ist, und koste es, was es

An dieser richtigen Voraussage und Einschätzung müssen wir jetzt anknüpfen, um den Kollegen zu beweisen, daß die Kommunisten recht ha-

Sowjetisches Uran für westdeutsche Atombomben?

Ruhe, unter der Oberfläche gärt und schwelt es weiter. Viele Kolleginnen und Kollegen sind unzufrieden. Sie fühlen sich verraten, übers Ohr gehauen von den Gewerkschaftsbossen, die ihnen vor den Tarifverhandlungen unerschütterliche Kampfbereitschaft demonstrierten, um nachher, wie gewohnt, umzufallen. Die Quittung dafür erhielten sie anläßlich der Urabstimmung in NRW. Zwar wurde die erforderliche 2/3-Mehrheit für einen Streik nicht erreicht, aber immerhin stimmten über 50% der Kollegen gegen den von der Gewerkschaft gebilligten Schlichtungsvorschlag, in manchen Großbetrieben sogar 80 bis 90 Prozent. Das ist ein gutes Ergebnis, das wir in der Auswahl der Schwerpunkte für unsere Agitations- und Propagandatätigkeit unbedingt berücksichtigen sollten.

Im übrigen ist es genau so gekommen, wie es der ROTE MORGEN bereits im Oktober vorraussagte: als er die Haltung der reaktionären Gewerkschaftsführer im Hinblick auf die bevorstehenden Lohnverhandlungen charakterisierte:

"Um die wachsende Unruhe der Kollegen zu beschwichtigen, um zu wolle!" Oder "Wenn die Unternehmer verschleppen, dann knallt's, bevor es richtig losgeht." Brenner und Co. erklären sogar, daß sie auf die SPD/FDP-Regierung keine Rücksicht nehmen werden. Während der Verhandlungen wollen sie mit all ihren gewerkschaftlichen "Kampfmaßnahmen aufwarten.

Sicherlich werden sie es nicht bei diesen "Drohungen" belassen und in Betrieben, in denen mit großer Unruhe und Streibereitschaft zu rechnen ist, zu verschiedenen Zeitpunkten Warnstreiks durchführen. Sicher wird es zu Urabstimmungen kommen."

Genauso stimmte unsere Einschätzung:

"Diese lautstarke Taktik der IGM-Bosse soll im Interesse der Unternehmer verhindern, daß es zu langdauernden Streiks in der Metallindustrie kommt. Sie soll die Kampfbereitschaft der Kollegen abwiegeln. Gleichzeitig soll sie verhindern – und darauf legen die Kapitalisten besonderen Wert – daß sich die Metallarbeiter mit den von der

ben, gleichzeitig aber müssen wir ihnen erklären: **daß bei Lohnerhöhungen, mögen sie nun 10 oder 15 Prozent betragen, im Endeffekt nichts herauskommt, da innerhalb kurzer Zeit die ständig steigenden Preise sie restlos aufgezehrt haben und daß der Ausweg aus dieser Misere endgültig nur in der Beseitigung des Kapitalismus liegen kann.**

Nicht der Kampf um Tagesforderungen, wie ihn die Revisionisten ausschließlich führen, ist unsere Hauptaufgabe, sondern die Vorbereitung der Arbeiterklasse auf die Revolution. Bei allen wichtigen Tagesforderungen, an die wir natürlich anknüpfen, dürfen wir dieses Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Eine gute Ausgangsbasis, den Kollegen das Wesen des Kapitalismus zu verdeutlichen, liegt in der vor der Tür stehenden Krise, die in ihrer Auswirkung sicher die von 66/67 übertreffen wird. Hier müssen wir jetzt und sofort voll mit unserer Agitation und Propaganda in Flugblättern und Betriebszeitungen einsteigen. Gute Beispiele aus einzelnen Landesverbänden liegen schon vor. Wir werden zu gegebener Zeit darüber berichten.

Für die deutschen Kernkraftwerke zeichnet sich jetzt die Möglichkeit ab, Natur-Uran im Lohnverfahren auch in der Sowjetunion anreichern zu lassen. Der geschäftsführende Gesellschafter der Düsseldorfer Firma Rohstoff-Einfuhr-GmbH, Hempel, erklärte, daß mit Moskau bereits ein entsprechender Vertrag formuliert würde. Dieser sieht vor, daß deutsche Firmen im Rahmen von Dienstleistungsverträgen Urankonzentrat mit einem Mindestanteil von 50% Uran in die UdSSR liefern und dafür spaltbaren Kernsprengstoff mit einem Anteil von 2 bis 5% Uran 235 zurückerhalten.

Bei der Lohnanreicherung würde die Düsseldorfer Rohstoff GmbH zusammen mit der internationalen Atom-Agentur in Wien als Vermittler zwischen Moskau und den deutschen Firmen auftreten. Der Vertrag kann, wie Hempel betonte, von beiden Seiten erst unterschrieben werden, sobald der Atomsperrvertrag vom Bundestag ratifiziert ist bzw. sobald die Ratifizierungsurkunde auch in Moskau hinterlegt ist. Hempel: "Der Vertrag ist fix und fertig. Der Text basiert auf einem entsprechenden Erlaß der Sowjetregierung."

Ein schöner Erlaß, der den westdeutschen Imperialisten die Möglichkeit bietet, mit angereichertem sowjetischen Uran Atombomben zu bauen. Denn der Atomwaffensperrvertrag verbietet nicht die Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben, sondern nur deren Erprobung durch Versuchsexplosionen in der Atmosphäre. Was stört es die sowjetischen Sozialimperialisten in ihrem Run nach harter westlicher Währung, wenn eines Tages mit ihrem Uran hergestellte westdeutsche Atombomben das Leben ihrer Bürger vernichtet. Sie handeln heute schon so wie die deutschen Imperialisten, die während des 2. Weltkrieges durch Abkommen über die Schweiz gesichert, an jedem Liter Flugbenzin, das anglo-amerikanische Bomber bei ihren Terrorangriffen über Deutschland verflogen, 50 Pfennige verdienten.

Wer sind die Spalter ?

Fortsetzung

Als nach dem Ausbruch des 1. Weltkrieges die Führer der II. Internationale, allen voran die der SPD, das Proletariat offen verrieten und in den Brudermord trieben, war es Lenin, der in diesem überaus kritischen Augenblick einen entschiedenen Kampf für die Einheit des Weltproletariats führte. Er verurteilte schärfstens den eklatanten Verrat der überwiegenden Mehrheit der Führer der Sozialdemokratie, und unterstützte die Marxisten vieler europäischer Länder entschlossen beim Abbruch ihrer Beziehungen zu den Opportunisten. Durch die Gründung der III. Internationale, durch die Theorie und Praxis Lenins, gelangte der Marxismus in eine neue Entwicklungsphase, die Etappe des Leninismus.

Was also hat uns die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung gezeigt?

Erstens: Daß die internationale Arbeiterbewegung wie alle anderen Dinge der Welt sich immer in zwei Teile spal-tet. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie wird unvermeidlich in den Reihen des Kommunismus widergespiegelt. Im Laufe der Entwicklung der kommunistischen Bewegung wird unausbleiblich immer wieder diese oder jene Spielart des Opportunismus aufkommen, wird einerseits die Spaltertätigkeit der Opportunisten gegen den Marxismus wie auch andererseits der Kampf der Marxisten gegen Opportunisten und Spalter entstehen.

Engels sagte: "Die Bewegung des Proletariats macht notwendig verschiedene Entwicklungsstufen durch; auf jeder Stufe bleibt ein Teil der Leute hängen und geht nicht weiter mit; darum allein erklärt sich, weshalb die "Solidarität des Proletariats" in der Wirklichkeit überall in verschiedenen Parteigruppierungen sich verwirklicht, die sich auf Tod und Leben befehden ...".

Die Tatsachen bestätigen das. Einheit – Kampf, sogar bis zur Spaltung – neue Einheit auf neuer Basis, das ist die Dialektik der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung.

Zweitens: Die Geschichte zeigt, daß in verschiedenen Phasen der kommunistischen Bewegung der Kampf zwischen Wahrung der Einheit und Herbeiführung einer Spaltung des Wesen nach ein Kampf zwischen dem Marxismus einerseits und dem Opportunismus und Revisionismus andererseits, ein Kampf zwischen der Treue gegenüber dem Marxismus und dem Verrat an ihm ist.

Sowohl im Weltmaßstab als auch im einzelnen Land ist, wenn sich Opportunismus und Revisionismus ausbreiten, eine Spaltung der Reihen des Proletariats unvermeidlich. Alle Spaltungen in der kommunistischen Bewegung sind durch das Auftreten der Opportunisten und Revisionisten gegen den Marxismus und den Verrat an ihm hervorgerufen worden.

Wer ist ein Spalter? Ein Spalter ist, wer gegen den Marxismus kämpft und ihn verrät; wer die Basis der proletarischen Einheit zerstört; wer hartnäckig einer revisionistischen Linie folgt und die revolutionäre proletarische Partei in eine reformistische bürgerliche Partei verwandelt; wer ein Programm oder eine Linie durchsetzt, die im Gegensatz zu den Grundinteressen des Proletariats und der anderen Werktätigen steht.

Die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen aber wächst und erstarkt von Tag zu Tag, während das von den Sowjetrevisionisten geführte revisionistische Lager, von inneren Widersprüchen zerrissen, mehr und mehr zerfällt.

Erklärung

der marxistisch-leninistischen Organisation des Iran TOUFAN zum neokolonialistischen Vertrag der sowjetischen Sozialimperialisten

Liebe Landsleute!

Im Oktober 1970 wurde vom Schahregime wieder einmal ein großer Verrat an den Lebensinteressen unseres Volkes begangen: Die sowjetischen Sozialimperialisten haben dem Iran einen jener ausbeuterischen Verträge nach imperialistischem Vorbild aufgezwungen. Wie unsere Zeitung "TOUFAN" schon viele Male aufzeigte, haben die sowjetischen Sozialimperialisten, im geheimen Einverständnis mit den amerikanischen Imperialisten, Schlüsselstellungen in der iranischen Wirtschaft und Politik an sich gerissen. Aber der Verrat vom Oktober 1970 leitet eine neue Etappe ein im Prozeß der Errichtung der Oberherrschaft der neuen Kremlzaren über unser Land.

Laut diesem Vertrag verwirklichen die sowjetischen Sozialimperialisten einen ihrer größten Wünsche, nämlich die Beschlagnahmung der Erdölvorkommen in Mittel- und Nordiran. Während die südlichen Territorien unseres Landes von Omman bis Kerman-Schah der Verfügungsgewalt der imperialistischen Ölmonopole übergeben wurden, eignen sich die sowjetischen Sozialimperialisten das "Recht" an, die persischen Erdölquellen von Sarachs (Nordosten) bis Djolfa (Nordwesten) ohne jede Konkurrenz auszuplündern.

Laut diesem Vertrag wird, parallel zur Pipeline in Süd Nord für die wir viele Millionen Dollar zahlen mußten, um iranisches Erdgas zu einem Spottpreis mit Hilfe der Sowjetunion, die sich dabei auf ihre eingenen Berechnungen stützt, soweit ausgedehnt, daß sie einen Ertrag von 4 Millionen to bringt, – das ist das Doppelte des iranischen Eigenbedarfs –, um die russische Industrie mit wohlfeilem Stahl zu versorgen (Genau wie in Indien)

Laut diesem Vertrag werden die sowjetischen Sozialimperialisten in den kommenden 15 Jahren die iranische Regierung systematisch über ihren Bedarf an Rohstoffen (Baumwolle, Reis, Weizen, ölhaltige Früchte usw.) unterrichten, damit der Iran dies bei seiner wirtschaftlichen Planung berücksichtigt und damit praktisch die Rolle einer Kolonie gegenüber ihrem Mutterland spielt.

Laut diesem Vertrag werden große Territorien im Norden des Iran unter die Verfügungsgewalt der sowjetischen Sozialimperialisten gestellt, damit diese dort "agro-industrielle Einheiten" ins Leben rufen, vom gleichen Typ wie jene, die schon die amerikanischen Imperialisten in Bandar Abbas (am Rand des persischen Golfes) und rings um den Staudamm von Dez (im Süd-Westen) aufgebaut haben, und die typisch koloniale Einrichtungen sind.

Der Oktobervertrag sanktioniert die Teilung unseres Landes; er ist ein Neuaufguß des Vertrages von 1907 unseligen Andenkens. Wenn auch die englischen Imperialisten den amerikanischen weichen mußten, wenn auch die



Oktober 1954, der unsere Erdölindustrie an ein imperialistisches, angloamerikanisches Konsortium verschacherte. Es ist die Atmosphäre des Terrors, der die Zornschreie der Patrioten in einem Kugelhagel erstickt. Der Oktobervertrag ist, ebenso wie der Vertrag vom 21. Oktober 1954, ungültig. Dies erklären wir im Namen des iranischen Volkes.

Liebe Landsleute

Es ist heute klar erwiesen, daß der Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus untrennbar verbunden ist mit dem Kampf gegen Imperialismus und Reaktion. Der sowjetische Sozialimperialismus und der amerikanische Imperialismus sind die beiden wichtigsten Stützen des Schahregimes. Beide bewaffnen den Arm dieses Henkers. Beide sind beseelt vom gleichen tödlichen Haß gegen die Revolution. Die Revisionisten der Tudeh Partei des Iran, die sich bemühen, die deutlich sprechende Realität zu verschleiern, verraten die iranische Revolution.

Wir müssen den sowjetischen Sozialimperialismus entlarven, und die bei-

Gemeinsame Erklärung der Toufahn und der KPD/ML

Nach einem Vorgespräch im Sommer dieses Jahres fand im November 1970 ein Treffen von Delegierten der marxistisch-leninistischen Organisation Irans (Toufan) und der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten statt.
Zuerst wurden die gegenseitigen Erfahrungen ausgetauscht, daraufhin die Probleme der Kommunistischen Weltbewegung eingehend erörtert und dann über die gegenseitige Zusammenarbeit gesprochen.
Am Ende des Treffens wurde eine Erklärung abgegeben, in der es unter anderem heißt:

"Nach der Beseitigung des faschistischen Hitlerregimes durch die Alierten und hauptsächlich durch die Rote Armee der Sowjetunion unter der Führung Stalins kam der USA-Imperialismus und dem deutschen Imperialismus zu Hilfe. Er spaltete Deutschland und unterstützte den Aufbau des westdeutschen Imperialismus, der sich heute zur größten imperialistischen Macht in Westeuropa entwickelt hat. In der DDR, dem ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat, wurde die Diktatur des Proletariats verraten. Unter dem Einfluß der sowjetischen Sozialimperialisten wurde die SED zu einer revisionistischen Partei. Aber nicht nur die SED, sondern auch die "K"PD/D"K"P unter Führung von Reimann und Bachmann hat die Arbeiter und Bauernbewegung und die sozialistische Zukunft verraten.

Das iranische Volk und das deutsche Proletariat, die kommunistische Bewegung im Iran und die Kommunistische Partei Deutschlands haben seit jeher eine freundschaftliche und solidarische Beziehung. Besonders zwischen den beiden Welt-

Iran ist ein deutlicher Fall des Neokolonialismus, ein klarer Fall des kollektiven Kolonialismus. Die vielen Bodenschätze des Iran, vor allem das Erdöl werden von den Imperialisten und besonders von den USA-Imperialisten geraubt. Alle imperialistischen Staaten, USA, England, Frankreich, Japan, Deutschland, Italien usw. betreiben die Ausbeutung des iranischen Volkes.

Iran ist ein klarer Fall der Zusammenarbeit des Sozialimperialismus mit dem USA-Imperialismus. Der sowjetische Sozialimperialismus hat in den 60er Jahren Einfluß auf die iranische Politik und Wirtschaft gewonnen und betreibt ebenfalls durch seine Kredite, durch die Beraubung der iranischen Naturschätze, z.B. Erdgas und Erdöl, durch ungleichberechtigten Außenhandel die Ausbeutung des iranischen Volkes. Die sowjetischen Sozialimperialisten sind Unterstützer der heutigen Schahdiktatur.

Der Iran ist ein strategisch wichtiges Land im mittleren Osten. Die iranische Revolution wird nicht nur mit der reaktionären Gewalt der herr-

neue Pipeline mit Hilfe einer ausbeuterischen ausländischen Anleihe gebaut. Sie liefert weitere Teile des iranischen Erdgases an andere europäische Ausplünderer, während Persien noch für die Transitrechte an die Sowjetunion zahlt.

Laut diesem Vertrag wird den sowjetischen Sozialimperialisten die Ausbeutung der großen Erdgasvorkommen von Sarachs (im Norden an der Iranisch-Sowjetischen Grenze) zugestanden.

Laut diesem Vertrag wird die jährliche Stahlproduktion im mittleren Iran

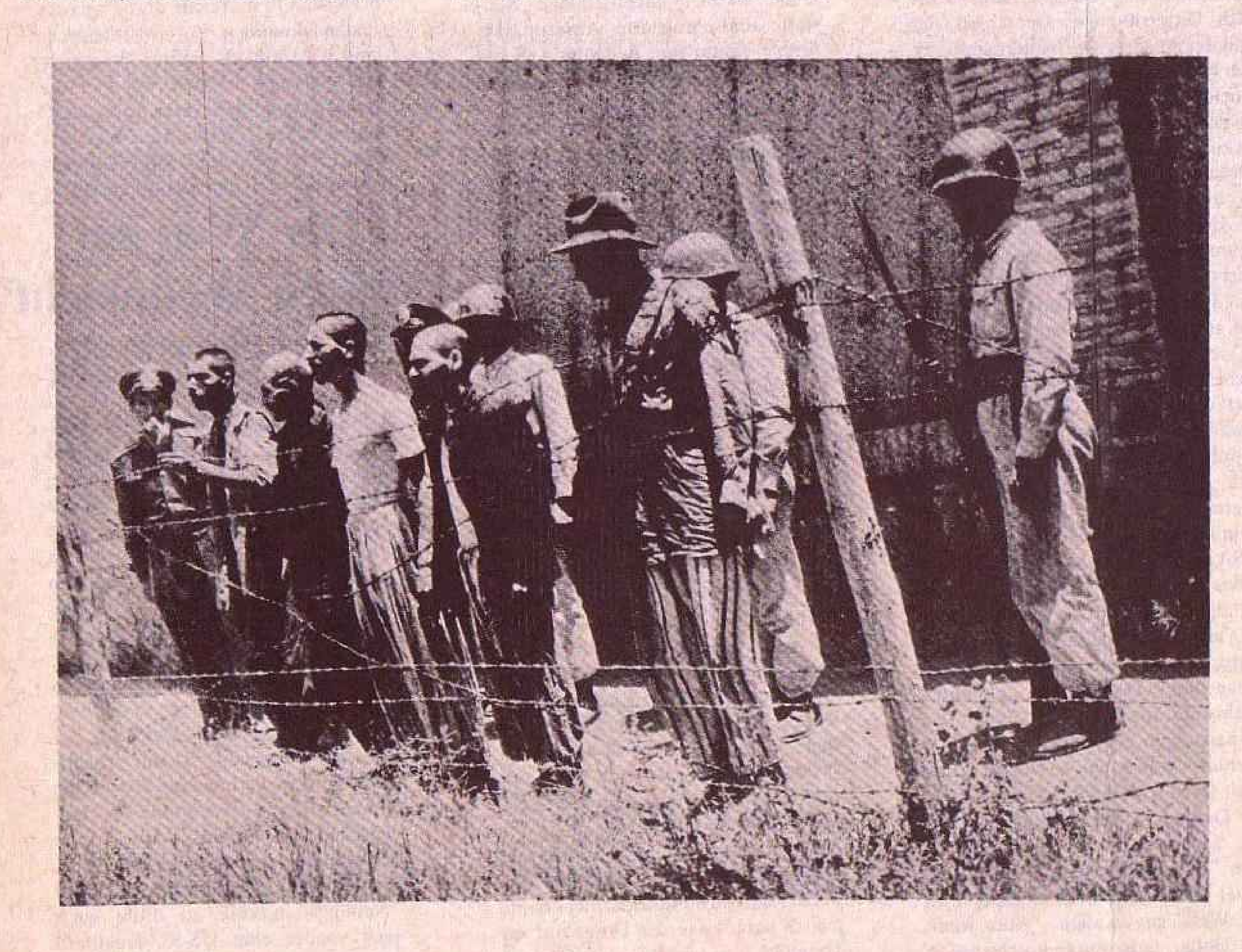
Dynastie der Chrustschow-Revisionisten (Breschnew, Kossigyn, Podgorni und Konsorten) diejenigen der Romanows abgelöst hat, wenn auch heute die infame Rolle des Schah Mohamed Ali von Schah Mohammed Reza gespielt wird, so ändert dies nichts am Kern der Frage. Der Oktobervertrag ist ein schlagender Beweis für das geheime Einverständnis zwischen den sowjetischen Sozialimperialisten und den amerikanischen Imperialisten bei der Aufteilung der Welt.

Der Oktobervertrag wurde in der gleichen politischen Atmosphäre unterschrieben, wie der Vertrag vom 21.

den Weltgendarmen gleichzeitig bekämpfen. In diesem heiligen Kampf unterstützen uns alle Völker der Welt, auch das sowjetische Volk, das durch die große sozialistische Oktoberrevolution alle Verträge der Knechtschaft, auch den von 1907 zerrissen hat.

ES LEBE DER KAMPF DES IRANISCHEN VOLKES GEGEN DAS SCHAH-REGIME UND SEINE IMPERIALISTISCHEN UND SOZIALIMPERIALISTISCHEN HELFESHELFER.

NIEDER MIT DEM NEOKOLONIALEN VERTRAG DER SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISTEN.



Folter und KZ

kriegen hatten zahlreiche kommunistische Kader Irans die Unterstützung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Durch diese Hilfe sind kommunistische Zeitungen in persischer Sprache für die im Ausland lebenden Iraner sowie zur Übersendung in den Iran, wo die schwarze Diktatur herrschte, gedruckt worden. Seit längerer Zeit besteht der Einfluß des deutschen Imperialismus im Iran. Während des ersten Weltkriegs war der deutsche Imperialismus der Rivale des russischen Zarismus und des Imperialismus und konnte vor dem zweiten Weltkrieg großen wirtschaftlichen und politischen Einfluß gewinnen. Wären die Rote Armee und die Alliierten nicht im Iran einmarschiert, wäre der Iran höchstwahrscheinlich unter den Einfluß des blutigen Hitlerfaschismus gekommen.

Zur Zeit hat der westdeutsche Imperialismus auf verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Gebieten großen Einfluß zurückgewonnen. Im Außenhandel Irans hat der Westdeutsche Imperialismus den USA-Imperialismus an die zweite Stelle verdrängt und versucht, neue Konzessionen für Erdöl und andere Bodenschätze zu erlangen.

Somit beutet der westdeutsche Imperialismus gleichzeitig das westdeutsche Proletariat und das persische Volk aus. In ihm haben sie ihren gemeinsamen Feind. Dies erfordert eine beiderseitige Solidarität und den Austausch von Erfahrungen.

Der amerikanisch-englische Militärputsch von 1953 brachte dem Iran ein blutiges Diktatur- und Polizeiregime. Hunderte persischer Patrioten wurden ermordet. Tausende leben in Zuchthäusern, unter Folter oder im Exil. Es gibt keine Spur von Freiheit und Demokratie.

Die "Reformen" des Schahs, z.B. "Bodenreform" sind nichts anderes als eine neokolonistische Politik und haben kein anderes Ziel, als die Bauernaufstände und eine Volksdemokratische Revolution zu verhindern.

schenden Klasse zu tun haben, sondern auch mit der Einmischung der US-Imperialisten und der sowjetischen Sozialimperialisten. Der Weg der iranischen Revolution wird ein schwerer Weg sein. Aber ihr Sieg wird auch ein großer Sieg gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus im Mittleren Osten sein.

Iran befindet sich in der Phase der volksdemokratischen Revolution, und Deutschland befindet sich in der Phase der sozialistischen Revolution. Keine dieser Revolutionen kann zum Sieg geführt werden, ohne Führung der Partei der Arbeiterklasse, der Partei, die fest auf dem Boden des Marxismus, des Leninismus, und der Maotsetungideen steht, sich tief und fest in den Volksmassen verankert und das Banner der gewaltsamen Revolution hochhält.

Die Iranische Tudeh Partei, die Partei des Proletariats im Iran, fiel wie die Kommunistische Partei Deutschlands nach dem Sieg der Revisionisten in der KPdSU in das Grab des Revisionismus und des Opportunismus. Die Tudeh Partei ist immer mehr zu einer Partei der "Opposition seiner Majestät" geworden. Es gibt im Iran keine Partei der Arbeiterklasse mehr. Der Wiederaufbau der Partei der Arbeiterklasse ist die unumgängliche Pflicht aller Marxisten-Leninisten Irans.

In Deutschland gibt es wieder die Marxistisch-Leninistische Partei. So ist die Festigung der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten die unumgängliche Pflicht aller Marxisten-Leninisten in Westdeutschland."

Die Erklärung schließt mit dem Aufruf:

"Es leben der Marxismus, der Leninismus und die Maotsetungideen!
Es lebe der proletarische Internationalismus!
Proletarier aller Länder und unterdrückter Völker, vereinigt Euch!"

Zwei Wege des westdeutschen Imperialismus

Der ROTE MORGEN beginnt hier mit einer Reihe von Artikeln zu wichtigen Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären proletarischen Bewegung in West- und darüber hinaus Gesamtdeutschland. Diese Artikel sollen im Geiste der Plattform des ZK der KPD/ML den bisher herrschenden Subjektivismus der westdeutschen Marxisten-Leninisten überwinden helfen. In der Plattform wurde festgestellt, daß dieser Subjektivismus sich in den beiden Formen des Empirismus und des Dogmatismus äußert. Für beides sind in letzter Zeit neue Beispiele geliefert worden, und besonders der Dogmatismus droht jede konkrete Analyse der konkreten Situation des westdeutschen Klassenkampfes von vornherein unmöglich zu machen.

Die KPD/ML hat aufgrund der Plattform Kommissionen eingerichtet, die in enger Verbindung zur gesellschaftlichen Praxis eine konkrete, dialektisch-materialistische Analyse des westdeutschen Imperialismus und seiner Widersprüche in Angriff genommen und vorangetrieben haben. Erste Resultate dieser Arbeit werden in dieser Artikelserie vorgelegt. Es handelt sich dabei um Diskussionsgrundlagen. Die Diskussion muß in der Partei und darüber hinaus in der marxistisch-leninistischen Bewegung möglichst breit und tiefgehend geführt werden. Sie dient der Erstellung einer programmatischen Erklärung der KPD/ML.

Der erste Artikel handelt von den inneren Widersprüchen unseres Hauptfeindes, der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Es handelt sich dabei um eine sehr wichtige Frage, da wir nicht nur unsere Freunde gut kennen müssen, sondern genauso gut unsere Feinde, wie Mao Tsetung sagt.)

Nach dem 2. Weltkrieg schien ein alter revisionistischer Traum vom "Superimperialismus" Wirklichkeit geworden zu sein: Es sah so aus, als ob die USA zum absoluten Herrscher des ganzen imperialistischen Lagers geworden wäre. Die direkten imperialistischen Feinde der USA, Japan und Deutschland, hatten eine totale Niederlage erlitten. Die beiden andemen, daß sie nicht versuchen werden, aus der amerikanischen Knechtschaft auszubrechen und ein selbständiges Leben zu führen? Ich denke, solche Garantien gibt es nicht." Und Stalin fügte sogar hinzu: **"Daraus folgt aber, daß die Unvermeidlichkeit von Kriegen zwischen den kapitalistischen Ländern bestehen bleibt."**

Stalins Einschätzung bezog sich auf eine Lage, in der die SU und die osteuropäischen Länder noch gemeinsam mit China ein geschlossenes sozialistisches Lager bildeten, das dem imperialistischen Block unter Führung der USA unversöhnlich gegenüber stand. Selbst in dieser Situation hiel Stalin einen Kampf der europäischen Im-

europa eine "Flurbereinigung" durchzuführen, um es besser wirtschaftlich erobern zu können.

Nach dem bisher Gesagten ist zu erwarten, daß die Widersprüche zwischen den USA und den westdeutsch-europäischen Imperialisten auf dem Gebiete des Warenexports, des Kapitalexports und der Währung zum Ausdruck kommen müssen. Genau das ist der Fall. Die "Liberalisierung" des Handels war für die US-Monopole ein Instrument ihrer Beherrschung Westeuropas und Japans. Als solches Instrument funktionierte es jedoch nur solange, wie die USA mehr davon profitierten als ihre "Partner". Nun hat sich das Verhältnis seit geraumer Zeit aber umgekehrt: die westeuropäischen und japanischen Exporte in die USA steigen schneller als umgekehrt die Exporte der USA in diese Länder. Damit wird das Instrument für die US-Monopole zum zweischneidigen Schwert und sie suchen es zu entschärfen. Augenblicklich diskutiert der amerikanische Kongreß über die sogenannte "Mills-Bill", die zunächst die Branchen der Textilien, Schuhe und eines Teils der Chemie "entliberalisieren" würden. Die "Mills-Bill" richtet sich vor allem gegen Japan, aber auch gegen Westeuropa. Schon jammert die FAZ: "Die Mills-Bill ist überflüssig. Sie schadet vor allem auch Amerika. Der Protektionismus könnte sich wie eine Epidemie ausbreiten, **und die Marxisten hätten wieder einmal Grund, die 'Widersprüche' des Kapitalismus bestätigt zu finden."** (13.11.)

Der Widerstand des westeuropäischen Kapitals formiert sich

Auch die amerikanische Kapitaloffensive nach Westeuropa ist schon seit langem auf Widerstand gestoßen. Servan-Schreibers Bestseller "Die amerikanische Herausforderung" war nur der ideologische Ausdruck dieses Widerstands. Am wichtigsten sind in diesem Zusammenhang augenblicklich die Bankenkonzentrationen. Als Commerzbank und Crédit Lyon-

Währung oder Währungsgruppe da ist, die eben die Chance einer größeren Stabilität gibt, dann wird zweifellos auch die Reservefunktion in der Welt sich aufteilen. Es wird immer eine große Zahl von Ländern geben, die im Dollarraum bleiben. Aber es wird dann auch eine Gruppe von Ländern geben, die einen anderen Währungsraum vorziehen würden, wenn dieser größere Stabilität verspricht. Dann gäbe es vielleicht einen echten Wettbewerb um die größere Stabilität."

Diese Tatsachen sprechen eine klare Sprache: es gibt schwerwiegende Widersprüche zwischen den USA und Westeuropa, die durch nichts anderes zu klären sind als durch das marxistische Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung. Dieses Gesetz gilt nicht nur für die Konkurrenz der einzelnen Monopole untereinander, sondern auch für die Konkurrenz der nationalen Monopolgruppen: wegen der verschieden großen Produktivität, der verschieden hohen Ausbeutungsrate (die wieder vom konkreten Stand des Klassenkampfes abhängt) und der verschieden hohen Ankaufspreise für Rohstoffe und Energie kann es niemals eine "harmonische", "paralelle" Entwicklung der Imperialismen geben.

Daraus folgen mehrere Feststellungen: 1.) Die westeuropäischen Monopolgruppen bilden in ihrer Hauptseite nach wie vor wirtschaftlich autonome Entscheidungszentren, die von den US-Monopolen unabhängig sind und in Konkurrenz zu ihnen stehen. (Das bedeutet, daß man den Einfluß des US-Kapitals in Westeuropa nicht überschätzen und als dominierend ansehen darf.) 2.) In den 60er Jahren ist das Konkurrenzverhältnis USA – Westeuropa dadurch in eine neue Periode eingetreten, daß die USA von der Hauptseite zur Nebenseite des Widerspruchs zurückfielen, daß sie von der Offensive in die Defensive gedrängt wurden. 3). Die westeuropäischen Imperialismen, besonders der westdeutsche Imperialismus, sind also in der jetzigen Periode aufsteigend und aggressiv. Sie streben nach einem "Platz an der Sonne" und stellen den Status quo massiv infrage.

Wenn die "europäische Einigung" zur Zeit Robert Schumans noch von den USA als "Flurbereinigung" in ihrem Interesse gedacht war, so bedeutete De Gaulles Beitritt zur EWG bereits ein bewußtes Bündnis des französischen mit dem westdeutschen Imperialismus, das in seiner Tendenz nur gegen die USA gerichtet sein konnte. De Gaulle war nicht Materialist, sondern Idealist. Er glaubte, durch "ideelle" Überlegenheit die materielle Überlegenheit Westdeutschlands ausgleichen zu können. Das war ein Hirngespinst. Als Folge der EWG erlangte vielmehr der westdeutsche Imperialismus die Vorherrschaft. Das gilt für die Produktion in den wichtigsten Branchen (Montan, Chemie, Elektro, Automobil), das gilt folglich auch für den Warenexport, bei dem Westdeutschland überall an der Spitze steht und häufig allein etwa 50 Prozent des gesamten EWG-Exports leistet.

Das gilt besonders stark auch in der Währungsfrage, wo die DM zur stabilsten und damit dominierenden Währung der EWG wurde. Die geplante "Währungsunion" würde die DM zur Grundlage einer "europäischen" Währung machen und dem Dollar als Leitwährung gleichberechtigt an die Steite stellen. Ähnliches gilt auch (bisher offenbar noch in geringerem Maße) für die Kapitalinvestition (besonders stark in Belgien und Italien). Der jetzt einsetzende Prozeß der Bankenkonzentration in Westeuropa wird den Schlußstrich unter diese Entwicklung ziehen: denn natürlich werden die drei deutschen "Riesen" Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank am Ende das Feld beherrschen.

Die "westeuropäische Einigung" stellt sich also in ihrem Wesen als Prozeß des unter dem Druck der "amerikanischen Herausforderung" erfolgenden Aufstiegs des westdeutschen Imperialismus zur Herrschaft über Westeuropa heraus. Dieser Prozeß selbst geht nicht glatt vonstatten, da die Widersprüche zwischen dem westdeutschen Imperialismus einerseits und dem französischen und englischen Imperialismus andererseits natürlich weiter bestehen und sich jederzeit erneut verschärfen können. Die

ren Konkurrenten, England und Frankreich, waren durch den Krieg fast genauso geschwächt wie Deutschland und Japan. Aufgrund dieser Schwächung verloren sie in kurzer Zeit den größten Teil ihrer Kolonie, von denen die meisten in die Einflußzone der USA hinübergezogen wurden.

Noch heute meinen einige Leute, diese Lage habe sich im großen und ganzen nicht geändert. Gestützt auf Zahlen über das Eindringen amerikanischen Kapitals in Westeuropa (etwa 10 Prozent), behaupten sie, Länder wie England, Frankreich und Westdeutschland seien "Satelliten" der USA ohne eigenen Willen. Sie bestreiten, daß es zu harten Konflikten zwischen den westeuropäischen der amerikanischen Monopolbourgeoisie kommen könnte. Wenn das so wäre, so hätte das natürlich weitreichende Folgen für Strategie und Taktik der proletarischen Revolution.

Diese Ansicht wurde jedoch schon 1952 von Stalin als falsch abgelehnt. Stalin schrieb damals: "Gehen wir zu den haupsächlichen besiegten Ländern über, zu (West-)Deutschland und Japan. Diese Länder fristen jetzt unter dem Stiefel des amerikanischen Imperialismus ein elendes Dasein. Ihre Industrie und Landwirtschaft, ihr Handel, ihre Außen- und Innenpolitik, ihre ganze Lebensweise sind durch das amerikanische Besatzungs-"regime" gefesselt. Aber diese Länder waren doch gestern noch imperialistische Großmächte, die die Grundlagen der Herrschaft Englands, der USA und Frankreichs in Europa und Asien erschütterten. Wollte man annehmen, diese Länder würden nicht versuchen, wieder auf die Beine zu kommen, das "Regime" der USA zu durchbrechen und auf den Weg einer selbständigen Entwicklung vorzudringen – so hieße das, an Wunder glauben ... Nach dem 1. Weltkrieg hat man ebenfalls angenommen, Deutschland sei endgültig erledigt, ebenso wie auch heute manche Genossen meinen, Japan und Deutschland seien endgültig erledigt ... Es fragt sich, welche Garantien gibt es, daß Deutschland und Japan nicht erneut auf die Beine kommen? Man kann sagen, daß die Widersprüche zwischen den Imperialisten ... perialismen und Japans gegen die USA für unvermeidlich. Nun hat sich die Situation seitdem jedoch entscheidend verändert: die SU fiel einem konterrevolutionären Putsch zum Opfer und entartete zu einer "sozial"-imperialistischen Macht. Statt mit einem einzigen "Superimperialismus" haben wir es heute also mit der Doppelherrschaft zweier "Superimperialismen" zu tun, die sich die Welt in Einflußzonen aufgeteilt haben. Wenn Stalins Analyse richtig ist, dann muß diese neue Situation zu einer Verstärkung der Widersprüche zwischen dem westeuropäischen und japanischen Imperialismus einerseits und dem US-Imperialismus andererseits geführt haben. Prüfen wir, ob das der Fall ist.

Die US-Herrschaft über Westeuropa

Zunächst ist es notwendig, das politökonomische Wesen der US-Herrschaft über Westeuropa zu analysieren. Dazu genügt es nicht, sich auf äußerliche Erscheinungen, wie die militärische und diplomatische Herrschaft der USA zu beschränken, da diese nur Auswirkungen der zugrunde liegenden wirtschaftlichen Widersprüche sind. Die wirtschaftliche Herrschaft der USA sollte durch hauptsächlich drei Elemente verwirklicht werden: durch Eroberung der westeuropäischen Märkte für den US-Warenexport, durch Kapitalexport nach Westeuropa sowie durch die Einbeziehung Westeuropas in die Währungszone des Dollars. Diese Ziele sollten der Preis für die "Hilfe" im Rahmen des Marshallplans sein. Um die westeuropäischen Märkte für ihren Waren- und Kapitalexport zu öffnen, erzwangen sie die "Liberalisierung", um die Dollarzone auszudehnen, organisierten sie die "freie Konvertibilität". In diesen Zusammenhang gehört auch, daß die Anfänge der "europäischen Einigung" nicht nur mit Einverständnis, sondern durch direkten Druck der USA zustandekamen: die USA hatten Interesse daran, in West- ... nais zusammengingen, erklärten sie: "Wir wollen alles gemeinsam machen, weil wir glauben, daß wir europäischen Banken der amerikanischen Herausforderung auf unserem Sektor auf die Dauer schwerlich anders begegnen können." (Handelsblatt 19. 10.70) Das Finanzkapital ist der konzentrierte Vertreter und Vorreiter des Industriekapitals. Der amerikanische Kapitalexport ging daher Hand in Hand mit dem Ausgreifen der "drei großen" amerikanischen Banken (Bank of America, First National City, Chase Manhattan) nach Westeuropa. Dagegen formiert sich jetzt der Widerstand des westeuropäischen Finanzkapitals. Nicht nur die Commerzbank, auch die Deutsche Bank suchte sich Unterstützung: sie schloß sich mit der Amsterdam/Rotterdam Bank, der Midland Bank und der belgischen Société Général zusammen. Der so entstandene Komplex würde, wenn es zur Fusion käme, mit 25 Milliarden Dollar der zweitgrößte Komplex der Welt sein.

Am deutlichsten zeigt sich der Kampf augenblicklich auf dem Gebiet der Währung. Offen rebelliert z.B. ein Teil der westdeutschen Bourgeoisie gegen die Herrschaft des Dollars: "Doch der Gedanke an eine europäische Währungsdisziplin ist nicht zuletzt verlockend im Gedanken an eine wirksame Gegenwehr gegen die Manipulationen der USA mit einer künstlich hochgehaltenen Dollarparität. Mehr und mehr ist der Dollar zu einem Instrument geworden, das es den USA erlaubt, Teile des Sozialprodukts und Volksvermögens anderer Länder zugunsten der eigenen Ziele in Anspruch zu nehmen. . . Indem die Europäischen Gemeinschaften jedoch einen vom Dollarblock getrennten Währungsraum bilden, können sie Anpassungen gegenüber dem Dollar leichter vollziehen." (Christ und Welt 16.10.70) Und der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Emminger, schlug in einem Interview mit dem "Handelsblatt" am 15.9.70 vor, "zwei Poole, zwei Währungspoole in der Welt" zu schaffen: "Aber wenn der Dollar sich weiter abschwächen sollte und wenn als Gegenpool eine

Die besondere Rolle der BRD in Westeuropa

Wir haben bisher undifferenziert "Westeuropa" den USA gegenübergestellt. Wir müssen nun die besondere Rolle Westdeutschlands in Westeuropa klären. Stalin behandelte in seiner Schrift von 1952 nicht nur Deutschland, sondern auch England und Frankreich: "Nehmen wir vor allem England und Frankreich. Ohne Zweifel sind dies imperialistische Länder. Ohne Zweifel haben billige Rohstoffe und gesicherte Absatzmärkte für sie erstrangige Bedeutung. Kann man annehmen, daß sie die gegenwärtige Lage endlos dulden werden, da die Amerikaner unter dem Deckmantel der "Hilfe" auf der Linie des "Marshallplans" in die Wirtschaft Englands und Frankreichs eindringen und bestrebt sind, sie in ein Anhängsel der Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika zu verwandeln, da das amerikanische Kapital die Rohstoffe und Absatzmärkte in den englisch-französischen Kolonien an sich reißt und damit den hohen Profit der englisch-französischen Kapitalisten eine Katastrophe bereitet? Ist es nicht richtiger zu sagen, daß das kapitalistische England, und, ihm folgend, auch das kapitalistische Frankreich schließlich und endlich gezwungen sein werden, sich aus der Umarmung der USA loszureißen und einen Konflikt mit ihnen zu riskieren, um sich eine sebständige Stellung, und, natürlich, hohe Profite zu sichern?" Sowohl Frankreich wie England haben in der Tat später versucht, sich aus den "Armen" der USA zu befreien (z. B. das "Suez-Abenteuer"). Beide waren dabei jedoch in einer ungünstigen Lage. Beide waren unfähig, allein den USA die Stirn zu bieten. Sie brauchten einen starken Bündnispartner. Ein solcher starker Bündnispartner konnte jedoch nach Lage der Dinge nur ihr Todfeind von gestern, der deutsche Imperialismus, sein. ... weiteren Schritte ("politische Union", "Währungsunion", "Atomstreitmacht") werden also nicht von selbst erfolgen. Daraus ergeben sich folgende Feststellungen: 1.) Es gibt keinen "Mechanismus", nach dem die westeuropäischen Staaten angeblich "automatisch" zusammenwachsen. "Einigung" unter kapitalistischen Verhältnissen kann nur Sieg des Stärkeren (Westdeutschlands) im Konkurrenzkampf bedeuten. Wenn es Westdeutschland nicht gelingt, sich durchzusetzen, wird es keine "europäische Einigung" geben. 2.) Die endgültige "Einigung" Westeuropas unter Führung des westdeutschen Imperialismus wird nur durch die andauernde Schwäche Frankreichs und Englands zustandekommen. 3.) Westdeutschland wird nur als Führer Westeuropas anerkannt werden, wenn es die gemeinsamen Interessen der westeuropäischen Imperialisten klar vertritt, d.h. wenn es der US-SU-Doppelherrschaft offen den Kampf ansagt.

Der Weg zur "dritten Weltmacht"

Aus dieser Lage ergibt sich ein fundamentaler Widerspruch für die westdeutschen Monopole: sollen sie die US-SU-Herrschaft über die Welt anerkennen und sich **im Einverständnis** mit USA und SU möglichst günstig einzurichten suchen? Das würde wahrscheinlich bedeuten, daß sie nicht die Herren von Westeuropa werden könnten. Oder sollen sie sich dagegen zur Wehr setzen und zur "unabhängigen dritten Weltmacht" aufstreben? Es handelt sich um die gleiche Frage, die Stalin schon 1952 für Westdeutschland stellte, nur konkret auf die heutige Lage angewandt. Der Weg zur "dritten Weltmacht" ist mit erheblichen Risiken verbunden. So wie die Errichtung der Hegemonie des Bismarckreiches über Mitteleuropa schließlich den englischen und russischen Imperialismus zu Feinden des "Neulings" machte, so droht auch jetzt wieder eine US-SU-Koalition gegen ein westdeutsch beherrschtes Westeuropa. Trotzdem hat Frank-

Josef Strauß in seinem Buch "Herausforderung und Antwort" diesen Weg vertreten. Sehr klar formuliert er den Grundsatz: "Wir können nur Deutsche bleiben, wenn wir Europäer werden." Übersetzt in klare Sprache heißt das: der deutsche Imperialismus kann nur dann ein drittes Mal 'zur Weltmacht greifen', wenn er sich als "europäischer" Imperialismus tarnt. Oder noch einmal mit den Worten von Strauß: "Deutschland braucht das vereinigte Europa schon deshalb mehr als jedes andere Land. Es hat ... **eine ehrenvolle und seine Umwelt nicht beunruhigende Möglichkeit, seine gewaltigen Energien (!) nutzbringend (!) anzuwenden.** Durch den Beitrag zur Bildung einer europäischen Föderation fände Deutschland ein neues Selbst."

Strauß schlägt vor: "Dazu müssen wir uns über die Prioritäten klar werden. Der erste Schritt ist eine Union der freien europäischen Länder als Vorstufe zu einer großen Föderation, in der alle Deutschen in Freiheit leben können. Eine deutsche Wiedervereinigung kann nur Wirklichkeit werden, wenn Westeuropa durch seine Entwicklung so anziehend wird, daß es wie ein Gravitationszentrum auf die Länder Osteuropas wirkt." Strauß lehnt durchaus nicht eine "Ostpolitik" grundsätzlich ab. Er setzt nur die "Prioritäten": erst muß Westdeutschland das Gewicht ganz Westeuropas in die Waage werfen können: "Diese 'Europäisierung der deutschen Frage' erfordert freilich, daß die Forderung der Deutschen nach Freiheit ihres geteilten Landes von der westeuropäischen Gemeinschaft voll übernommen und vertreten wird. Wir stehen also vor der Aufgabe, politische Bindungen in Westeuropa zu schaffen, die es ermöglichen werden, die deutsche Frage nicht als nationales Anliegen nur eines Staates, sondern als gemeinsame europäische Angelegenheit zu behandeln." Strauß möchte also die Herrschaft über Ostmitteleuropa nicht mit der SU und als ihr "Juniorpartner"**teilen**, er möchte sie **ganz**. Deshalb will er die "Rechtsansprüche" nicht aufgeben, sondern durch "Europäisierung" noch verstärken.

Gebiete stellen jedoch wankenden Boden dar: einerseits bestehen in beiden Ländern noch die Möglichkeiten einer weiteren revolutionären Entwicklung, andererseits sind die herrschenden Bourgeoisien stark von der SU abhängig (vgl. z.B. Föderation Lybien-Ägypten). Die energetische Basis stellt also zweifellos große Schwächen der Strauß-Konzeption dar (deshalb die Pläne einer Erschließung der Erdölquellen in der Nordsee, wobei die US-Konzerne jedoch ebenfalls alles an sich zu reißen suchen, sowie die Kohle-Hydrierungspläne.).

Was die übrigen Rohstoffe angeht, so wären sie in Afrika und Lateinamerika weitgehend zu finden (besonders im Kongo-Kinshasa, den portugiesischen Kolonien und Südafrika). Der größte Teil Afrikas ist schon heute an die EWG "assoziiert", d.h. gegenüber der EWG in einem Zustand neokolonialer Abhängigkeit. Westdeutschland hat im übrigen in Portugal und den portugiesischen Kolonien entscheidenden ökonomischen und politischen Einfluß gewonnen. Auch in den ehemaligen französischen Kolonien nimmt Westdeutschlands Einfluß rapide zu: die westdeutsche "Entwicklungshilfe" an Gabun z.B. hat die französische bereits eingeholt. In diesem Zusammenhang wird die große Bedeutung der Bankenkonzentration nochmals klar: der Crédit Lyonnais, mit dem die Commerzbank zusammenging, besitzt ein dichtes Filialnetz in Nordafrika, Schwarzafrika, Portugal und Lateinamerika. Gleichzeitig erwarb die Commerzbank 10 Prozent des Crédit Chimique, wobei der größte Teil Aktien der Compagnie Française des Pétroles (CFP), der größten französischen Erdölgesellschaft sind!

Das Geschäft mit der SU

Im Gegensatz zu dem risikoreichen "westeuropäischen Weg" steht die andere Möglichkeit des westdeutschen Imperialismus: die US-SU-Doppelherrschaft anzuerkennen, sich darein zu fügen und zu versuchen,

ZUR DISKUSSION GESTELLT

Über die Hauptaufgaben der Partei im gegenwärtigen Stadium der Revolution in Deutschland

Nachstehender Beitrag eines Genossen geht auf die in der letzten Ausgabe des ROTEN MORGEN veröffentlichte Entschließung des Landesverbandes Südwest ein. Er schreibt u.a.:

Mir scheint, als ob am Anfang der organisierten KPD/ML nie der Entwurf zur "Nationalen und sozialen Befreiung des Deutschen Volkes gestanden hat.

Natürlich ist alles, was in der Entschließung gesagt wird richtig? Natürlich ist es letztlich die Aufgabe der Partei, den Hauptwiderspruch zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern zu lösen, und zwar nur auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus, wenn wir darunter den von Lenin, Stalin und Mao tse tung weiterentwickelten Marxismus verstehen.

Aber die Hauptaufgabe der Partei allein aus einem solchen, man möge mir verzeihen, blutleeren, weil ohne Bezug auf die Realität angewandten Zitat zu entwickeln, kann nicht unwidersprochen bleiben.

WER REVOLUTIONÄRE POLITIK IN DEUTSCHLAND BETREIBEN WILL, MUSS SICH ÜBER DIE BESONDERE SITUATION DEUTSCHLANDS IM KLAREN SEIN UND DIESE SPEZIELLE UND BESONDERE SITUATION BEI DER FORMULIERUNG VON HAUPTAUFGABEN UNBEDINGT BERÜCKSICHTIGEN, SONST SETZT ER SICH DER GEFAHR DER ISOLIERUNG VON DEN VOLKSMASSEN AUS!

Was aber ist die besondere Deutsche Situation?

Deutschland hat einen imperialistischen Raubkrieg verloren und wurde nach der Niederlage von 1945 in mehrere Mandatsgebiete der Siegermächte aufgeteilt. Dieses sollte zur endgültigen Vernichtung der Wurzel des deutschen Militarismus und Imperialismus führen und unserem Volk die Möglichkeit geben die Abwendung vom Faschismus auch ideologisch zu vollziehen. Danach sollte die Einheit der Nation im Organisationsverband eines antifaschistisch-demokratischen Staates wieder hergestellt werden.

Diese Politik, die im wesentlichen von der sozialistischen Sowjetunion betrieben wurde, ist in ihrem Anfangsstadium stekken geblieben und bildet den heutigen Status quo.

Das **erste besondere** an der deutschen Situation ist also, die **seit 25 Jahren andauernde Teilung der Nation.**

Die weitere Entwicklung ist uns bekannt, nachdem anfänglich die antifaschistisch-demokratische Revolution in der damaligen SBZ vollzogen wurde und die DDR als Muster für ein späteres gesamtdeutsches Staatswesen sich entwikkelte, wurde in den westlichen Zonen und in der späteren BRD der alte imperialistische Staat als Westentaschenrepublik restauriert.

Die Herrschaft der Monopole im Westen und die Entartung der DDR durch die revisionistische Politik der SED-Führungsspitze und die von ihr entwickelte These von den "zwei Deutschlands" die friedlich mit einander leben sollen, – vorausgesetzt beide Administrationen halten sich an die Parole: Schonst du meinen Juden, schon ich deinen Juden! – das ist die **zweite besondere deutsche Situation.**

Wir stehen also vor der Tatsache, daß in Gesamtdeutschland zwischen Proletariat und alter Bourgeoisie in der BRD und neuer Bourgeoisie in der DDR besteht, andererseits der Widerspruch zwischen der DDR und der BRD, also der Widerspruch zwischen Sozialimperialismus und Imperialismus auf der lokalen deutschen Ebene.

Wenn eine marxistisch-leninistische Partei in einer solchen Situation sich einschaltet, muß sie auch in der Formulierung der Hauptaufgaben diese besondere und spezielle deutsche Situation berücksichtigen.

Was bedeutet dieses für die Praxis unserer Partei?

Um der besonderen Situation Deutsch-

tung und die Hegemonie der US-Imperi-

beiterklasse in der DDR sich einsetzen und in Westdeutschland den Kampf gegen

lands gerecht zu werden, muß die Partei einerseits eine breite Volksbewegung gegen die Zementierung der deutschen Spal- alisten und Sozialimperialisten in ganz Deutschland entfesseln, andererseits für den Schutz der Errungenschaften der Ar- Militarismus und Neofaschismus organisieren und schrittweise die sozialistische Revolution vorbereiten..."

Strauß ist der einflußreichste Sprecher für den **einen** möglichen Weg des westdeutschen Imperialismus: er vertritt ideologisch, politisch und organisatorisch den "westeuropäischen Weg". Die Frage ist, welche politökonomische Basis dieser Weg besitzt.

Eine eigene "westeuropäische" Großmacht würde eigene Rohstoff- und Energiequellen benötigen. Daran mangelt es dem westdeutschen Imperialismus. Schon Hitler sah sich gezwungen, Erölquellen in Rumänien, der Sowjetunion und Nordafrika zu erobern, woran er schließlich scheiterte. Heute ist die Lage so, daß Westdeutschland und Frankreich ihr Erdöl hauptsächlich aus Algerien, Lybien, dem Irak und dem Iran beziehen. Dabei geht besonders für Westdeutschland ein erheblicher Teil über US-Gesellschaften oder mit US-Monopolen verbundene englische Gesellschaften. Nach dem Verlust der DEA an die USA besitzt Westdeutschland überhaupt nur noch die Gelsenberg, die in Lybien Schürfrechte hat. Ein wichtiges Erdölgebiet wird in naher Zukunft ebenfalls Nigeria sein. Wenn Stalin 1952 schrieb, imperialistische Kriege zwischen den westlichen imperialistischen Mächten würden in Zukunft unvermeidlich sein, so ist diese These durch den Biafra-Krieg bestätigt worden. Nur handelte es sich dabei um einen imperialistischen "Stellvertreterkrieg", in dem auf beiden Seiten Schwarze für ihre weißen Herren kämpften. Frankreich (mit ihm sympathisierte Westdeutschland) versuchte, mit Gewalt das Erdölgebiet Ostnigerias (Biafra) dem Einfluß der amerikanischen und angloamerikanischen Erdölkonzerne zu entreißen. De Gaulle hoffte, auf diese Weise mit Algerien und Biafra zwei wichtige Erdölgebiete unter seinen Einfluß zu bekommen und diese "Mitgift" in die "Ehe" mit dem westdeutschen Imperialismus einzubringen. Der Versuch schlug fehl, so daß Algerien und Lybien weiterhin die wichtigsten Energiebasen für eine Großmacht "Westeuropa" bleiben. Beide

"bevorzugter Partner" beider "Supermächte" zu werden. Auch dieser Weg bietet Aussichten. Was die Rohstoffversorgung angeht, so scheint er sogar sicherer zu sein: denn außer dem US-Erdöl bietet sich dabei auch die SU an. Daß auch die SU ein Interesse

daran hat, wird klar, wenn wir die Initiative der SU, die am Anfang der "neuen Ostpolitik" stand, betrachten.

Am 17. März 1969 wurde die "Budapester Erklärung" der Ostblockstaaten veröffentlicht, in der als Ziel angegeben wird, "ein dauerhaftes System der europäischen Sicherheit, ermöglicht durch gemeinsame Anstrengungen, **große Projekte auf dem Gebiet der Energetik**, des Verkehrswesens, der Wasserwirtschaft, der Luft und des Gesundheitswesens... zu verwirklichen." Es ist fast rührend zu sehen, mit welcher Offenheit die Revisionisten hier die ökonomische Basis ihres "europäischen Sicherheitssystems", für das heute die D"K"P Pastoren zu gewinnen suchen, enthüllten: "große Projekte auf dem Gebiet der Energetik". Wenige Wochen später machte die SU Schiller auf der Hannover-Messe das Angebot, Erdöl nach Westdeutschland gegen Röhren zu liefern. Die SU bot einen Preis von 50,91 DM pro Tonne (Lybien: 64,83 DM; Iran: 70,09 DM). Die Pipeline sollte durch die DDR führen.

Nachdem die Verhandlungen einige Zeit lang gelaufen waren, einigte man sich plötzlich auf Erdgas statt auf Erdöl. Den Grund dafür enthüllte die FAZ am 6.2.70: "Die sowjetischen Partner haben diese Offerte später in einem entscheidenden Punkt revidiert, indem sie statt des Öls Erdgas anboten **und Ulbricht damit aus dem Geschäft brachten** ...Die Russen wollten das große Erdgasgeschäft zweifellos nicht mit Ulbrichts innerdeutschen Querelen und den hinderlichen Konsequenzen seines Anerkennungsfimmels belasten. In wirtschaftlichen Dingen sind sie harte Realisten (!)." Die Erdgasleitung wird statt durch die DDR durch die CSSR laufen. Die SU ging dabei zweifellos auf westdeutsche Forderungen ein: sie verriet einmal mehr

die Interessen der DDR und übte Druck auf Ulbrichts Preis für eine künftige Erdölleitung (sie kann natürlich später doch noch kommen) durch die DDR aus.

Das Erdgasgeschäft mit der SU lief von westdeutscher Seite über die Ruhrgas AG, die zum größten Teil im Besitz von Esso und Shell ist. Diese Tatsache zeigt, wie US- und SU-Interessen in Europa Hand in Hand gehen. Am Röhrenhandel wurden Thyssen, Mannesmann und Hoesch beteiligt.

Strauß ist (unseres Erachtens zu Recht) der Meinung, daß die "Ostpolitik" der Brandt-Regierung in völligem Widerspruch zu seinen Plänen steht. Er schreibt: "Eines ist hoffentlich allen klar, die in Westeuropa politische Verantwortung haben, daß nämlich Moskau alles aufbieten wird ..., um die Bildung einer europäischen Großmacht zu verhindern." In der Tat läßt es sich nicht verheimlichen, daß die "Ostpolitik" die Widersprüche innerhalb der westeuropäischen Monopolbourgeoisie verschärft. Schon das Röhren-Geschäft stieß in Frankreich auf Kritik. Man erklärte die Summe des westdeutschen Kredits (1,5 Mrd. DM) für zu hoch und den Zinssatz (6,25 Prozent) für zu niedrig. Diese

Widersprüche haben sich durch den Moskauer Vertrag weiter zugespitzt. In einem umfangreichen Leitartikel zum Thema "Der deutsch-sowjetische Vertrag und das Europa der Sechs'vertrat die französische Zeitung "Le Monde" am 2.10.70 die Ansicht, "daß der Kreml die deutsche Karte gegen die Gemeinschaft ausspielt. Die Zukunft wird das zeigen. Zweifellos wird man nichts überstürzen und mit großer taktischer Geschicklichkeit vorgehen. Aber es wäre für die Bundesrepublik und die übrigen Mitglieder der EWG das Schlimmste, das sie tun könnten, wenn sie jetzt in ihrem Eifer erlahmten, die EWG in ein politisches Gremium umzuwandeln, wenn sie jetzt die EWG nicht ausdehnen würden, wenn sie jetzt jeder auf eigene Faust versuchen würden, Vorteile in der Zusammenarbeit mit der SU zu erzielen."

"Westeuropäischer" und "osteuropäischer" Weg

In Deutschland wird die gegen die Ostpolitik gerichtete Linie natürlich von der CDU/CSU vertreten. Ein Ausschnitt aus einem Interwiev der "Wirtschaftswoche" (30.10.70) mit Barzel zeigt, worum es geht: "WW: Die Anzeichen sprechen dafür, daß sich eine atomare Achse zwischen London und Paris bildet. Ist dies eine vermeidbare Reaktion auf die deutsche Ostpolitik? – B: Auch wir sehen Anzeichen für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen London und Paris in vielen Bereichen. Natürlich beschäftigt sich die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern mit den Auswirkungen und Konsequenzen des deutsch-sowjetischen Vertrages ... So suchen andere Europäer eben näher aneinander zu rücken. – WW: Was würden sie tun, um in der Frage der Währungs- und Wirtschaftsunion voranzukommen? – B: Wir würden einen klaren Schritt zur politischen Vereinigung des freien Europas vorschlagen." Auf der Parlamentarierversammlung der NATO in Den Haag fand sich eine Mehrheit gegen Brandts Ostpolitik. Die "Analyse" des CDU-Abgeordneten Blumenfeld wurde akzeptiert. Generalsekretär Brosio sprach sich gegen die von der SU vorgeschlagene "europäische Sicherheitskonferenz" aus.

Zwei Konzeptionen stehen sich also gegenüber. Einmal der "westeuropäische Weg": 1.) Der westdeutsche Imperialismus erkennt die Doppelherrschaft von US und SU nicht an. Er versucht, in Westeuropa endgültig die Führung zu erringen und eine "dritte Weltmacht" zu bilden. 2.) Das würde bedeuten, **vorrangig** die "politische Union" Westeuropas, die Währungsunion unter Führung der DM und eine "europäische Atomstreitmacht" zu erreichen. 3.) Zur Sicherung der Rohstoff- und Energiebasis müßten Nordafrika, Schwarzafrika und ein Teil Lateinamerikas in neokolonialer Abhängigkeit erhalten werden bzw. darein gebracht werden. 4.) Das würde zu harten Zusammenstößen mit den USA (in Lateinamerika und in der Währungsfrage) und der SU (in Nordafrika und Ostmitteleuropa) führen. 5.) Eine "europäische Sicherheitskonferenz" und damit verbundene Anerkennung der DDR würde abgelehnt.

Dagegen der andere, "osteuropäische Weg": 1.) Der westdeutsche Imperialismus erkennt die Doppelherrschaft von US und SU an. Er verzichtet darauf, eine unabhängige "dritte Weltmacht" zu bilden und handelt in Einklang mit US und SU. 2.) Das würde bedeuten, **vorrangig** eine "europäische Sicherheitskonferenz" und die damit verbundene De-facto-Anerkennung der DDR anzustreben. 3.) Zur Sicherung der Rohstoff- und Energiebasis würde man sich auf die USA und auch stark auf die SU verlassen.

Wohin mit den Kirchen?

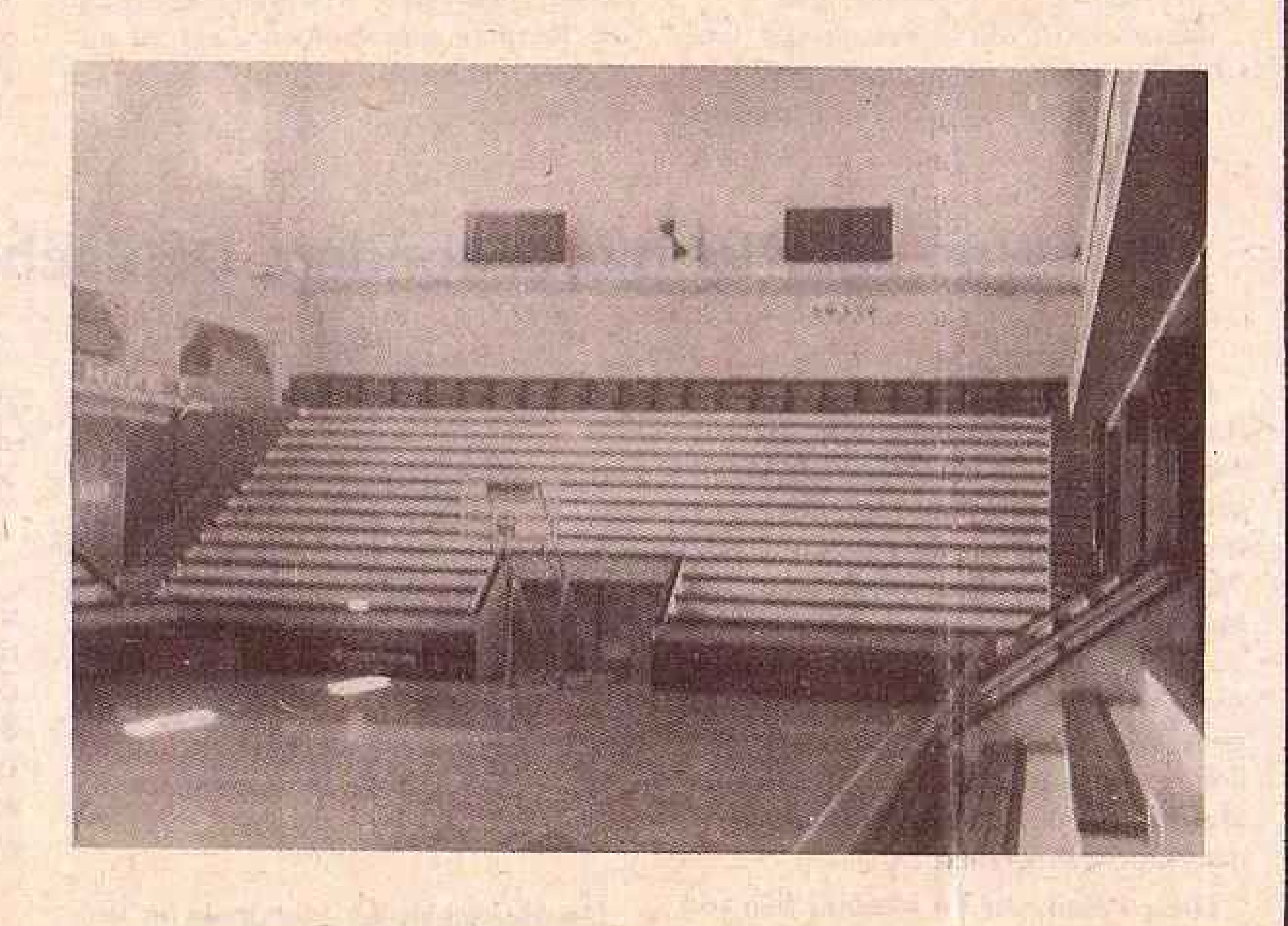
Die Volksrepublik Albanien, die vor kurzem den 26. Jahrestag ihrer Befreiung feierte, ist das erste Land in der Welt, das mit Erfolg den religiösen Aberglauben bekämpfte. Während in den revisionistischen Ländern die Zahl der Gläubigen wächst und die Kirchen zunehmend an Einfluß gewinnen, wurde in Albanien schon vor einigen Jahren auf Verlangen des Volkes die letzte Kirche geschlossen.

Unwissenheit war eine der Ursachen der Rückständigkeit und der kolonialen Abhängigkeit Albaniens vor der Befreiung. Während im Süden des Landes die orthodoxe Religion die Menschen verdummte, in Mittelalbanien der Islam dem Volk jede Initiative zu rauben versuchte, war im Norden die römisch-katholische Kirche stark. Sie war der Sachwalter der europäisch imperialistischen Mächte und arbeitete eng mit den italienischen und deutschen Faschisten während der Besetzung zusammen.

Auch nach der Befreiung war es vor allem die katholische Kirche, die die Menschen gegen die Volksmacht aufzuhetzen versuchte. Aber es half ihr nichts. Zu lange waren die Albaner unterdrückt, und zu offen hatten die Lakaien des Vatikan mit denUnterdrückern zusammengearbeitet, als daß ihre finsteren Pläne gelingen konnten. Das Volk folgte nicht den Kuttenträgern, sondern der wahren Interessenvertreterin des Volkes, der Partei der Arbeit Albaniens unter der Führung des Genossen Enver.

Die beharrliche Aufklärung hat sich gelohnt. Die Kirchen und Moscheen sind geschlossen und nützlichen Zwecken zugeführt. Die ehemaligen Geistlichen arbeiten wie jeder andere Albaner. Diejenigen katholischen Priester (vor allem Franziskanermönche), die keine Albaner waren, sind des Landes verwiesen.

Auch das Problem der Neuverwendung der Kirchen und Moscheen wurde zufriedenstellend gelöst. Während einige wenige als Museen erhalten blieben, wurden andere zu Kulturhäusern für die Werktätigen umgebaut oder auch als Lagerräume verwendet. Eine besonders zweckmäßige Lösung fanden die Einwohner der nordalbanischen Stadt Shkodra: Hier wurde die ehemalige katholische Kathedrale in einen Sportpalast umgebaut. Bild unten: Wo früher der Altar stand, erhebt sich heute die Zuschauertribüne. Nebenräume wie die Sakristei wurden in Trainings- und Umkleideräume verwandelt.



4.) Das würde zur Verschärfung der Widersprüche zwischen Westdeutschland einerseits und Frankreich und England andererseits führen, da alle drei versuchen müßten, "Schoßkind" der USA bzw. der SU zu sein. 5.) Dementsprechend würde die "westeuropäische Integration" gehemmt. Es würde wahrscheinlich nicht zu einem Souveränitätsverzicht Frankreichs und Englands zugunsten Westdeutschlands kommen.

schen Weges" entsprechen. Für die Commerzbank haben wir die "westeuropäische" Tendenz bereits festgestellt. Klar auf der Gegenseite steht z.B. die Westdeutsche Landesbank Girozentrale, die sich neuerdings mit der Chase Manhattan zusammengeschlossen hat.

Der augenblickliche Stand der Auseinandersetzung zwischen den zwei Wegen ist durch mehrere Schritte in Richtung "osteuropäischer Weg" gedeutschen Imperialismus, der westdeutschen Monopole. Keiner der beiden Wege kann deshalb der Weg der westdeutschen Arbeiterklasse sein. Daß die Arbeiterklasse sich nicht mit Strauß verbünden kann, dürfte klar sein. Das gilt selbstverständlich auch für den Fall, daß Strauß aus taktischen Gründen (Schwächung von US und SU) der VR China "entgegenkommen" möchte. Strauß hat sich unmißverständlich über China geäußert. Einige Zitate entlarven sein mög-

Eine Abspaltung des "linken", "progressiven" Flügels der SPD ist überhaupt nicht zu erwarten, wenn die SPD selbst die Macht behält und zum offenen "Sozial"faschismus übergeht. Solange die **gesamte** SPD in "Opposition zu Strauß steht, bleibt der "linke" Flügel eindeutig dem Apparat untergeordnet. Für den Fall, daß der Kampf zwischen Brandt und Strauß sich weiter verschärft (und er wird noch "dramatischere" Formen annehmen als den Schwarzhandel mit FDP-Abgeordneten), ist zu erwarten, daß einige Leute, die sich für Marxisten-Leninisten halten, behaupten werden, man müsse nun aber der SPD Schützenhilfe "gegen den Faschismus" leisten. Wahrscheinlich werden das die gleichen Leute sein, die heute von "Sektierertum" schreien, sobald die SPD als Partei bezeichnet wird, die in einer wichtigen Nebenseite oder gar in der Hauptseite "sozial"faschistisch sei (was übrigens nicht das gleiche ist wie die Behauptung, die Bundesrepublik sei "sozial"faschistisch!). Solche Leute vertreten eine rechtsopportunistische Linie, die außerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung verläuft.

Unsere Taktik

Ob also "osteuropäischer" oder "westeuropäischer" Weg: sowohl die Feinde wie die Reserven der proletarischen Revolution bleiben die gleichen. Unterschiede würden sich nur in der **Taktik** ergeben.

Der "osteuropäische Weg" würde bedeuten, daß der westdeutsche Imperialismus zur wichtigsten Stütze der US-SU-Doppelherrschaft in Europa würde. Diese Politik würde sich hinter einer "sozialen", "nationalen" und "Friedens"-Demagogie zu verbergen suchen. Die Partei des Proletariats muß dann zeigen, daß Osthandel und "Mitbestimmung" keineswegs soziale Errungenschaften sind, daß eine De-facto-Anerkennung der DDR oder gar "Konföderation zweier deutscher Staaten" die nationale Frage in Deutschland nicht löst und daß ein

tionären Kampf. 2.) Wichtigster zweiter Schlag gegen die CDU/CSU; Entlarvung ihrer Demagogie; Nachweis, daß sie keine Alternative ist. 3.) Kampf dem westdeutschen Imperialismus als Hauptstütze der US-SU-Doppelherrschaft in Europa; Unterstützung des nationalen Widerstandes der übrigen Völker Europas gegen dieses Komplott; besonders wichtig dabei Unterstützung der Völker der DDR, der CSSR, Polens, Italiens, Spaniens, Griechenlands. 4.) Propagieren der Idee der doppelten, antiimperialistischen (in der BRD) und antirevisionistischen (in der DDR) proletarischen Revolution zur Lösung der sozialen und nationalen Frage in Deutschland.

Der "westeuropäische Weg" würde den erneuten Kampf des deutschen Imperialismus um die Weltmacht mit allen entsprechenden, auch kriegerischen Konsequenzen bedeuten. Er würde zunächst den Widerspruch zwischen den Völkern Westeuropas und dem westdeutschen Imperialismus verschärfen. Er würde weiter zu einem offenen neokolonialistischen "Engagement" in Afrika und Lateinamerika führen. Entsprechend würde der Militarismus ungeheuer entwickelt. Diese Politik würde hinter einer Ideologie der "Unabhängigkeit und Größe Europas zwischen US und SU" verborgen. Sie würde hauptsächlich von der CDU/CSU vertreten werden. Die Zuspitzung der Widersprüche zwischen dem westeuropäischen Imperialismus und den anderen westeuropäischen Nationen einerseits, zwischen "Westeuropa" und den USA und der SU andererseits würden auch diesen Weg bald (auch ohne Wirtschaftskrise) in eine kritische Lage führen, die als einzige "Lösungs"möglichkeit den Faschismus offen ließe.

Daraus würde folgende taktische Linie für die KPD/ML folgen:

1.) Hauptschlag gegen die CDU/CSU; in einer ersten Phase Aufklärung der Massen über die Verbrechen des Militarismus und Imperialismus, besonders in Afrika und Lateinamerika, aber auch in Westeuropa selbst; Aufklärung über die Vorbereitung des Faschismus und Kampf dagegen; da-

Es handelt sich bei diesen zwei Wegen um eine langfristige und umfassende Alternative für den westdeutschen Imperialismus. Das bedeutet, daß man folgendes vermeiden muß:

1.) Es wäre ein Mißverständnis zu glauben, die beiden Wege müßten jederzeit in völliger Klarheit in zwei politischen Kräften, etwa CDU und SPD, gegenüberstehen. In Wirklichkeit treten sie in vermischter Gestalt auf, wobei jede der beiden Kräfte versucht, **auch** die andere Möglichkeit mit einzubeziehen, um ihren Gegnern den Wind aus den Segeln zu nehmen. So betonen Brandt und Scheel immer wieder, die Ostpolitik schade keineswegs der "Integration", während die CDU versichert, sie sei auch für "Entspannung" im Osten. Es kommt aber darauf an, was die Hauptseite ist, d.h. was die praktische Priorität hat.

2.) Es wäre ebenfalls ein Mißverständnis zu meinen, man müßte die beiden Fraktionen der Monopole in bestimmten Banken und Konzernen genau namhaft machen können. Auch die Banken und Konzerne haben gemischte Interessen, wobei einige mehr für den "westeuropäischen", andere mehr für den "osteuropäischen" Weg sprechen, was sich im übrigen im Laufe der Entwicklung noch ändern kann. Auch hier entscheidet also die Hauptseite, d.h. die jeweils überwiegenden Interessen. Was z.B. die Deutsche Bank angeht, so ist die starke Opposition von Abs gegen die DM-Aufwertung von Bedeutung. Die DM-Aufwertung war eine Konzession an die USA, man könnte sogar sagen: eine Kapitulation vor den USA. Es war eine Entscheidung, die dem "westeuropäischen Weg" widersprach. Deshalb hatte Strauß sie auch zu verhindern versucht. Die Haltung von Abs zeigt, daß die Interessen des Komplexes Deutsche Bank zumindest teilweise denen des "westeuropäischen" Weges gegenüberstehen. Dieser Weg ist gekennzeichnet: 1) Der Atomwaffensperrvertrag. Er ist Ausdruck der US-SU-Doppelherrschaft, weshalb er von der CDU abgelehnt wurde. 2.) Der Moskauer Vertrag. Er bringt die Garantie aller europäischen Grenzen, was eines Tages auch gegen eine Aufhebung der westeuropäischen Grenzen ins Spiel gebracht werden kann. 3.) Die de-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Polen-Vertrag. Diese Schritte bedeuten bisher nur quantitative Veränderungen. Eine neue Qualität träte erst durch die "europäische Sicherheitskonferenz" ein. Dennoch haben diese Schritte die Widersprüche zwischen den zwei Fraktionen mehr und mehr verschärft. Die Äußerung von Strauß, er werde sich, "wenn es sein muß, mit der Maschinenpistole" den Weg zur Macht erkämpfen, zeigt, was die Stunde geschlagen hat. Die "westeuropäische" Fraktion, die zum drittenmal innerhalb von 100 Jahren den Traum von der Weltmacht träumt, muß in der Tat fürchten, ihr Zug könnte endgültig abfahren. Sie wird deshalb mit allen Mitteln versuchen, die Brandt-Regierung noch vor Zustandekommen eines "europäischen Sicherheitssystems" zu stürzen. Die Brandt-Regierung kann sich dagegen auf die Unterstützung der beiden "Supermächte" stützen: ihr Widerstand wird daher ebenfalls hart sein.

Welche Folgerungen müssen wir ziehen?

Als letzte Frage bleibt noch folgende: welche Folgerungen müssen aus der vorstehenden Analyse für Strategie und Taktik der revolutionären Partei des Proletariats gezogen werden? Zunächst, was die Strategie angeht: beide Wege sind Wege des westdeutschen Imperialismus. ... liches Entgegenkommen schon heute "Ein Regierungssystem, das die Jugend der Nation anstiftet, durch eine 'Kulturrevolution' im eigenen Lande das Chaos zu erzeugen, hat in unsern Augen statt eines klar gezeichneten Gesichts eine teuflische Fratze." Mao Tsetung ist für Strauß "der Führer des roten Reiches der Mitte, der in unbegreiflicher Besessenheit die 'proletarische Kulturrevolution' inszenierte." Und zum Schluß: "Natürlich ist in Wahrheit kein vernünftiger Mensch der Meinung, daß wir uns blindlings in die Tatzen des chinesischen Drachens begeben sollten in der Einbildung, er werde uns eines Tages aus den Pranken des russischen Bären befreien." Wenn eine CDU-Regierung China anerkennen würde, so täte sie das in **ihrem** Interesse, sie müßte aber auch Chinas Souveränität über Taiwan anerkennen und damit China als das wichtigste Bollwerk der Revolution objektiv stärken. Es würde sich um einen normalen diplomatischen Vorgang handeln. Die Theorie der imperialistischen "Zwischenzone" darf auf keinen Fall so wie seinerzeit von Peng Chen mißverstanden werden, daß die Monopole der "Zwischenzone" zu antiimperialistischen Bündnispartnern werden könnten. Das bedeutet, daß es für die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder der "Zwischenzone" niemals Burgfrieden geben kann.

Umgekehrt ist und bleibt auch die andere, "osteuropäische" Fraktion der Todfeind des Proletariats. Man kann diesen Flügel der Monopole auf keinen Fall, wie es die D"K"P schon offen vertritt, in eine "antifaschistische Volksfront" einbeziehen wollen. Ganz abgesehen davon, daß auch diese Fraktion mit dem Faschismus (dem "Sozial"faschismus) schwanger geht, ist sie in keiner Weise "fortschrittlicher" als die andere. Die Tatsache, daß die SPD zweifellos über eine stärkere Basis in der Arbeiterklasse verfügt, läßt die Gefahr des Opportunismus ihr gegenüber nur noch gefährlicher erscheinen.

"europäisches Sicherheitssystem" nicht dem Frieden dient, sondern nur der konterrevolutionären Unterdrükkung der Völker Europas durch USA und SU sowie durch ihre bevorzugte Stütze in Europa, den westdeutschen Imperialismus. Die Politik des "osteuropäischen" Weges würde in Westdeutschland hauptsächlich von der SPD (mit Schützenhilfe der D"K"P), in der DDR von der SED durchgeführt werden, als Ideologie würden Reformismus und Revisionismus dienen, in einer Krisenphase der "Sozial"faschismus. Da SPD und SED ihre "soziale", "Nationale" und "Friedens"- Demagogie nicht mit Taten untermauern könnten, würden sie bald in eine Krise geraten (auch abgesehen von einer wahrscheinlichen Wirtschaftskrise). Der "Sozial"faschismus, der in der DDR schon besteht, wäre dann auch für Westdeutschland (natürlich in einer anderen, auf die bestehende Monopolstruktur aufgebauten Form) der einzige Ausweg der SPD in ihrem Zweifrontenkampf gegen die "westeuropäische" Fraktion der Monopole und gegen das Proletariat. Daraus würde folgende taktische Linie für die KPD/ML folgen: 1.) Hauptschlag gegen die SPD; in der ersten Phase Befreiung des Proletariats von der reformistischen, revisionistischen und "sozial"-faschistischen Ideologie (Entlarvung der "Mitbestimmung", des "europäischen Sicherheitssystems" und der "Konföderation zweier Deutscher Staaten"); in der zweiten Phase Mobilisierung der proletarischen Massen und ihrer Verbündeten zum revolutionären Kampf ... nach Mobilisierung der Massen zum revolutionären Kampf zur Verhinderung des Faschismus und zum Sturz der Monopolherrschaft; Mittel dazu eine antifaschistische Einheitsfront, deren konkrete Gestalt noch eingehend diskutiert werden muß.

2.) Wichtigster zweiter Schlag gegen die SPD; Befreiung des Proletariats von der reformistischen, revisionistischen und "sozial"faschistischen Ideologie in der ersten Phase; Nachweis, daß die SPD keine Alternative zur CDU darstellt; Entlarvung der Komplizenschaft von SPD und CDU; Kampf um die Basis des "linken", "progressiven" Flügels; in der zweiten Phase Versuch, den "linken" Flügel abzuspalten und in die antifaschistische Einheitsfront einzubeziehen.

3.) Kampf dem militaristischen westdeutschen Imperialismus; Unterstützung des nationalen Widerstandes gegen ihn; Herstellung einer westeuropäischen proletarischen Einheitsfront gegen den westdeutschen Imperialismus (dabei besondere Rolle der ausländischen Arbeiter); Unterstützung bewaffneter Volkskriege in Afrika und Lateinamerika gegen den westdeutschen Imperialismus; Kampf gegen "westeuropäische Vietnams".

4.) Propagierung der Idee einer engen Gemeinschaft revolutionärer sozialistischer Republiken Westeuropas; Verteidigung jeder ausbrechenden Revolution in Westeuropa um jeden Preis und Versuch, sie auszudehnen.